VBE

02/2013
Zeitschrift des
Verbandes Bildung und Erziehung
Rheinland-Pfalz
01. 02. 2013 / 64. Jahrgang

Rheinland-pfälzische Schule

Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen.
Damit Lehrer nicht sitzen bleiben.

Schulstrukturreform – in guten wie in schlechten Zeiten ...

- **Inklusion – das Konzept der Landesregierung**
- **Reportage: „Das Leben ist zu kurz, um Deutsch zu lernen“**

Inhalt

Kommentar	3
Magazin	4
Aktuell	6
Gastkommentar	7
Thema	8
Reportage	12
Personalräte & Co.	15
Beratung & Termine	16
Recht	17
Wir gratulieren	19
Seniorinnen & Senioren	20
VBE im Bund	21
Infos & Technik	23
Studium & Seminar	25
Personalia	26
Aus den Kreisverbänden	28
Kurz vor Schluss	30

Impressum

01. Februar 2013, 64. Jahrgang

Herausgeber
Verband Bildung und Erziehung (VBE),
Landesverband Rheinland-Pfalz
Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz
Telefon: 06131-616422, Telefax: 616425
info@vbe-rp.de

Redaktion dieser Ausgabe:
Hjalmar Brandt (verantwortlich) *br*
h.brandt@vbe-rp.de

Dr. Markus Bachen *mb*
(Veranstaltungen / Regionales)
m.bachen@vbe-rp.de

Sabine Drechsler *sdr*
(Studium / Seminar / AdJ)
s.drechsler@vbe-rp.de / adj@vbe-rp.de

Marlies Kulpe *mkl*
(Bildungspolitik / Rubriken)
m.kulpe@vbe-rp.de

Klaus Schmidt *kfs*
(Reportage / Berufspolitik / Zum Schluss)
k.schmidt@vbe-rp.de

Fotos
Jan Roeder (Titel, 2, 5, 6, 14, 15, 25, 26(2), 30); br (3, 8, 9); GStB RP (7); kfs (S. 12, 13(5)); VBE-Archiv (17, 21, 22, 27(3)); Thomas Plaßmann (Rückseite); Andrea Damm/pixelio.de (12)

Die rps erscheint elfmal im Jahr.
Für VBE-Mitglieder ist der Bezugspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Nichtmitglieder bestellen beim Verlag zum Preis von 4,80 Euro vierteljährlich einschließlich Vermittlungsgebühren.

Redaktionsschluss
09.02.2013 für Heft 3/2013. Den Inhalt namentlich gezeichneter Artikel verantworten deren Verfasser. Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und Quellenangabe zulässig. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Gesamtherstellung, Anzeigenverwaltung
Gebrüder Wilke GmbH, Druckerei und Verlag
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
E-Mail: info@wilke-gmbh.de

ISSN: 1869 3717

Die nächste RpS erscheint am 01.03.2013.

http://www.vbe-rp.de

Die aktuelle Wahrheit

„Während meines 9-jährigen Eingeweckt-seins an einem Augsburger Realgymnasium gelang es mir nicht, meine Lehrer wesentlich zu fördern."

■ *Bertold Brecht*

Leserbriefe

Betr.: Seniorinnen und Senioren

Die dargestellten Rechtsfälle sind zwar interessant, nur frage ich mich, wieso eine Kündigung wegen nicht gezahlter Nebenkosten oder Nachbarschaftsstreite Themen speziell für Senioren sein sollen? Das betrifft doch jeden, oder? Ansonsten lese ich die RPS immer gerne. Weiter so!

■ *Walter K., Mainz*

Betr.: Man kommt ja zu sonst nichts

Wenn sich dieser Beitrag auch locker liest, so darf man sich doch nicht darüber hinwegtäuschen lassen, wie stressig der Alltag einer Schulleitung heutzutage wirklich ist. Kein Wunder, dass Hunderte von Schulleiterstellen nicht besetzt sind, da kaum noch ein vernünftiger Mensch bereit ist, diesen Job zu diesen Bedingungen zu übernehmen. Wann kapiert die Politik endlich, dass eine Schulleitung attraktive Rahmenbedingungen braucht? Was nutzt eine Reduzierung von 5 Deputat-Stunden, wenn man dafür 10 Stunden zeitlich mehr belastet ist? Eine Schulleitung hat die Aufgabe, eine Schule zu leiten, und dazu braucht man Zeit, Muße und Motivation. Die heutigen Rahmenbedingungen erscheinen da nicht gerade attraktiv. Gute Leute bekommt man eben nicht zum Nulltarif.

Mit spitzem Stift ...

Es wäre gut, wenn die RPS öfters über Dinge aus dem täglichen Schulalltag berichten würde.

■ *Konrad R., Koblenz*

Betr.: Rätsel

Es ist nun schon eine Weile her, dass ein Paket mit 6 Flaschen guten Pfälzer Weines wohlbehalten hier ankam. Ich möchte mich nachträglich dafür bedanken. Mittlerweile bin ich rund 40 Jahre Mitglied im VBE, da sah ich es gleichsam als „Jubiläumsgabe". Die Rätsel machen mir viel Freude, ich löse sie immer sofort – ob mit oder ohne Gewinnchance.

■ *Hildegard M., Dorsheim*

Malu Dreyer Ministerpräsidentin – mehr soziale Gerechtigkeit?

Die neue rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer sagte kürzlich in einem Interview: „Ich kann mir nicht vorstellen, dieses Land zu führen, ohne dass das Thema Gerechtigkeit ein dominantes Thema ist.“ Dürfen wir nun mehr soziale Gerechtigkeit erwarten, auch für uns Lehrerinnen und Lehrer?

Gerechtigkeit ist die Grundlage unseres menschlichen Zusammenlebens. Sie fungiert als Leitidee des politischen, sozialen, religiösen und juristischen Lebens. Alle demokratischen Verfassungen berufen sich auf sie. Was aber genau als gerecht gilt, ist historisch und kulturell beeinflusst und differiert in hohem Maße. So leider auch in der Bildung. Und deshalb gehört für den VBE die Gerechtigkeitsfrage in der Bildung auf den Prüfstand.

Ein Beispiel für Enttäuschungen gibt der scheidende Präses der rheinischen Kirche, Nikolaus Schneider, der sich in der Landessynode ausführlich seinem Herzensthema, der sozialen Gerechtigkeit, widmete und ernüchternd feststellt: „Das gehört auch zu den großen Frustrationen, die ich in diesem Dienst erlebt habe. Als würde man gegen die Wand reden. Da kann man wirklich schon leicht verzweifeln.“

Auch im VBE kennt man solche Frustrationen, wenn es um die Gerechtigkeit bei den Lehrerinnen und Lehrern geht. 150 Jahre Kampf für Gerechtigkeit auf dem politischen Verhandlungswege haben nicht zum Erfolg geführt.

Deutlich zeigt sich die soziale Ungerechtigkeit in den Realschulen plus. Hier unterrichten Haupt- und Realschullehrer/-innen. Die Hauptschullehrer/-innen leisten die gleiche Arbeit und unterrichten die gleichen Schüler/-innen, aber sie werden unterschiedlich bezahlt.

Deshalb hat der VBE die Kampagne „Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen“ gestartet. Und weil der politische Verhandlungsweg bisher erfolglos war, wird jetzt die Frage der sozialen Gleichstellung der Lehrerinnen und Lehrer juristisch geklärt.

Wenn dem VBE von der Politik immer wieder das Totschlagargument der Schuldenbremse entgegengehalten wird, dann gibt der Sozialpolitiker Heiner Geißler die passende Antwort, wenn er sagt: „Es gibt auf der Welt Geld wie Dreck. Es haben nur die falschen Leute.“

Der VBE blickt gespannt auf die Amtszeit von Malu Dreyer. Von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, erwarten wir, dass Sie unsere Kampagne „Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen“ in den Schulen nachhaltig stärken. Bei den Personalratswahlen im Mai können Sie ein deutliches Zeichen setzen.

■ *Gerhard Walgenbach, Landesschatzmeister des VBE*

VBE kompakt

Zweigliedrigkeit ist Zukunft

Der VBE Rheinland-Pfalz fordert auch nach dem Ende des laufenden Schuljahres eine konsequente Weiterentwicklung der Schulstrukturreform bis hin zu einem echten zweigliedrigen System. Die ab dem Schuljahr 2013/14 vorgesehene Schulstruktur entspricht eher einer „neuen“ Dreigliedrigkeit (Seite 9).

VBE zu „Keiner ohne Abschluss“

Das Projekt „Keine(r) ohne Abschluss“ ist laut Begleituntersuchung erfolgreich. Das sagt der jetzt vorliegende erste Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleituntersuchung des Projekts. Der VBE fordert nach wie vor die Abschaffung der „Berufsreife“ und den qualifizierten Sek.-I-Abschluss für alle Absolventen (Seite 4).

Gleiches Geld für gleiche Arbeit: Klage läuft

Ein zentrales Problem für den VBE bleibt die soziale Ungleichheit unter den Lehrerinnen und Lehrern mit unterschiedlichen Lehrämtern, aber identischen beruflichen bzw. pädagogischen Aufgaben. Deshalb wurde ergänzend zu den politischen Initiativen der Klageweg vor den Gerichten eingeschlagen. Die Klage vor dem Verwaltungsgericht Koblenz läuft (Seite 8).

Die aktuelle Zahl

Bund, Länder und Gemeinden haben für das Jahr 2012 Bildungsausgaben in Höhe von 110,3 Milliarden Euro veranschlagt, 4,7 Milliarden Euro mehr als im Vorjahr. Zu diesem Ergebnis kommt das Statistische Bundesamt (Destatis) im Bildungsfinanzbericht 2012, der im Dezember veröffentlicht wurde. Im internationalen OECD-Vergleich ist Deutschland bei seinen Bildungsausgaben weiterhin unterdurchschnittlich.

Mehr Infos unter

www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/12/PD12_438_217.html)

Bund sollte auch Schulen unterstützen

Der Bund sollte aus Sicht des neuen Präsidenten der Kultusministerkonferenz (KMK), Stephan Dogerloh (SPD), die Länder beim Ausbau von Ganztagsschulen oder anderen Schulprojekten finanziell unterstützen. Eine andere Umsatzsteuerverteilung zugunsten der Länder sieht er dabei als Möglichkeit der Realisierung. Auch eine Grundgesetzänderung oder ein Staatsvertrag ist aus seiner Sicht möglich. Dogerloh steht in diesem Jahr an der Spitze der KMK und löst turnusgemäß den Hamburger Bildungsminister Thies Rabe (SPD) in der Funktion ab. Er befürwortet, dass die inhaltliche Verantwortung für Bildung bei den Ländern liegt und begreift Föderalismus als einen Wettbewerb der besten Ideen und deren praktischer Umsetzung in der spezifischen Situation vor Ort. Darüber hinaus sieht Dogerloh aber auch eine gesamtstaatliche Verantwortung für die vielen an Schulen zu bewältigenden Aufgaben, deren Ursachen im sozialen Bereich liegen.

■ *dpa*

Projekt „Keine(r) ohne Abschluss“ ist laut Studie erfolgreich

Das besondere zehnte Schuljahr „Keine(r) ohne Abschluss (KoA)“ erfüllt die damit verbundenen Erwartungen und verbessert die Ausgangsposition der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler für ihren weiteren beruflichen Lebensweg – in den meisten Fällen sogar deutlich. Das sagt der jetzt vorliegende erste Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleituntersuchung des Projekts.

Zielvorgabe beim Start des Projekts war: Mehr als 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler in dem besonderen zehnten Schuljahr sollten den Schulabschluss der Berufsreife erreichen, mehr als 40 Prozent sollten einen direkten Anschluss in Form einer Berufsausbildung oder einer Beschäftigung finden oder aber zu einem weiterführenden Schulbesuch befähigt werden. Seit dem Start im Jahr 2009 wurde in allen drei Jahrgängen die 80-Prozent-Marke bei den Schulabschlüssen übertroffen, zum Ende des letzten Schuljahres betrug die Quote 83 Prozent. Noch deutlicher übertroffen wurde die vorgegebene Anschlussquote. Sie lag in allen drei Jahren immer deutlich über 60 Prozent, im letzten Schuljahr lag sie bei 70 Prozent.

Mehr Infos unter

http://www.koa.rlp.de

Mit dem an mittlerweile zehn Realschulen plus eingerichteten Projekt „Keine(r) ohne Abschluss“ sollen Jugendliche, die ansonsten die allgemeinbildende Schule ohne Abschluss verlassen würden, in einem zehnten Schuljahr zur Berufsreife geführt werden und möglichst auch direkt einen Anschluss finden. Instrumente dazu sind ein verpflichtendes Ganztagsangebot mit gezielten Förderangeboten im Unterricht sowie eine intensive Verknüpfung von Schule und Praxisanteilen in Betrieben.

„Mit einem außergewöhnlichen Engagement in den Schulen und im engen Zusammenwirken mit außerschulischen Partnern – neben den Praktikumsbetrieben sind das vor allem die Beratungsteams der Bundesagentur für Arbeit sowie Jugendhilfeeinrichtungen – kann Jugendlichen, die bislang in ihrem schulischen Werdegang Probleme hatten, eine gute Ausgangsposition für ihren weiteren Lebens- und Berufsweg eröffnet werden“, betont Bildungsministerin Doris Ahnen. Das Team der Universität Trier halte allerdings auch fest: Für KoA-Absolventinnen und -Absolventen ist ein stabiles Netzwerk zur Begleitung des Anschlusses notwendig, besonders bei Jugendlichen, in deren direktem Umfeld sich die Probleme kumulieren. Sie seien vor allem auf die Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit und der Jugendhilfeeinrichtungen angewiesen.

Weitere Informationen zu dem Projekt im Internet unter: www.koa.rlp.de

■ *RED*

Freiwilliges Soziales Jahr in Ganztagsschulen – ein Gewinn für Schulen, Jugendliche und für die Lehrkräfteausbildung

Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) in einer der vom Land Rheinland-Pfalz eingerichteten Ganztagsschulen ist ein Gewinn für die Schulen, ihr Schulklima und ihr Angebot. Es bildet einen wichtigen Bestandteil für die berufliche Orientierung junger Frauen und Männer. Und damit gewinnt das FSJ auch eine Bedeutung für die Nachwuchsgewinnung im Lehrerberuf. Das sind drei zentrale Ergebnisse einer landesweiten Umfrage aller FSJ-Träger an Ganztagsschulen.

„Es ist sehr erfreulich, dass sich so viele junge Menschen sozial engagieren und sich dabei für den ‚Arbeitsplatz Ganztagsschule' interessieren. Genauso positiv zu bewerten ist es allerdings auch, wenn hochgerechnet fast 500 junge Menschen nach dem FSJ nun konkret wissen, weshalb sie in das Berufsfeld Schule einsteigen möchten und was sie dort erwartet. Das ist nicht nur für die jungen Menschen eine wichtige Erkenntnis, indirekt werden davon auch die Hochschulen durch besonders motivierte Lehramtsstudierende profitieren“, hält Bildungsministerin Doris Ahnen mit Blick auf die Evaluationsergebnisse fest.

Rund 4.000 junge Frauen und Männer haben sich seit dem Jahr 2007 entschlossen, ein Freiwilliges Soziales Jahr in einer Ganztagsschule abzuleisten, rund 1.000 junge Leute taten dies im vergangenen Schuljahr und genauso viele tun dies im laufenden Schuljahr. Beim Start des FSJ-Angebots in rheinland-pfälzischen Ganztagsschulen im Schuljahr 2007/2008 waren es noch gut 200 junge Leute.

Zwei Drittel der Freiwilligen in Ganztagsschulen im vergangenen Schuljahr waren junge Frauen. Rund 55 Prozent aller FSJlerinnen und FSJler hatte als Schulabschluss das Abitur. Gut vier Prozent der Freiwilligen kamen aus Familien mit Migrationshintergrund. Zu den häufigsten Tätigkeiten in den Schulen zählten: Unterstützung im Unterricht, Betreuung des Mittagessens, Unterstützung bei der Hausaufgabenhilfe sowie bei Pausen- oder Busaufsichten, Hilfe oder Anleitung bei der Spielzeit, vorbereitende Organisation zusätzlicher Ganztagsschulangebote, Unterstützung bei Arbeitsgemeinschaften (AGs) sowie die Leitung einer eigenen AG. Rund die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des vergangenen Schuljahres am FSJ in Ganztagsschulen gab in der Abschlussbefragung an, sie sei durch das FSJ in ihrem Berufswunsch Lehrerin bzw. Lehrer oder Schulsozialarbeiterin bzw. Schulsozialarbeiter bestätigt und bestärkt worden. 15 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer kam im Laufe des FSJ von einem solchen Plan ab.

*Das **Freiwillige Soziale Jahr** bringt allen etwas*

Lukas Nübling, Geschäftsführer des Kulturbüros Rheinland-Pfalz und Organisator der Evaluationsbefragung, freut sich über die guten Gesamtbeurteilungen für das FSJ in Ganztagsschulen: „Das Entscheidende ist aus meiner Sicht, dass die jungen Menschen das Freiwillige Soziale Jahr in Ganztagsschulen nach dem Abschluss weiterempfehlen. Wenn die Zustimmung zu dem Einsatz in den Schulen und zu der begleitenden Seminararbeit durch die FSJ-Träger in einer Schulnote ausgedrückt im Schnitt bei 1,4 liegt, spricht das für sich.“

■ *MBWWK*

Weitere Informationen im Internet:

- zu Ganztagsschulen in Rheinland-Pfalz: **www.ganztagsschule.rlp.de**
- zum Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ): **www.fsj-rheinlandpfalz.de**
- zum FSJ in Ganztagsschulen: **www.fsj-ganztagsschule.de**

Landesregierung stellt Inklusionskonzept vor – VBE sieht noch keinen Masterplan

Am 18. Januar 2013 hat Bildungsministerin Doris Ahnen das schulpolitische Inklusionskonzept der rheinland-pfälzischen Landesregierung der Öffentlichkeit vorgestellt. Es soll bis zum Ende der Legislaturperiode umgesetzt werden soll.

Inklusion wird kosten ... muss kosten!

Damit wurde das Bildungsministerium beauftragt, die rechtlichen Grundlagen zur Weiterentwicklung des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht-behinderten Kindern und Jugendlichen in der Primarstufe und der Sekundarstufe I zu schaffen, sowie Angebote des gemeinsamen Unterrichts unter Einbeziehung aller Schularten in diesen beiden Schulstufen so auszubauen, dass dem uneingeschränkten Wahlrecht der Eltern Rechnung getragen werden kann.

In dem sogenannten „Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Inklusion im schulischen Bereich“ sind konkret folgende Schritte und Maßnahmen vorgesehen:

- Verankerung eines vorbehaltlosen Wahlrechts für die Eltern von Kindern mit Behinderungen zwischen einem inklusiven Unterrichtsangebot an einer „Schwerpunktschule“ und einem auf die Behinderung abgestimmten Angebot in einer Förderschule im Schulgesetz;
- zielgerichteter weiterer Ausbau des inklusiven Unterrichtsangebots durch Ernennung weiterer Schwerpunktschulstandorte und eine stärkere Auslastung der bereits bestehenden Schwerpunktschulen;
- Weiterentwicklung von Förderschulen im Land zu „Förder- und Beratungszentren“ ab dem Schuljahr 2014/2015;
- Verankerung der Inklusion in einem neuen Lehrerbildungsgesetz;
- Verbesserung des Übergangs Schule-Beruf für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf;
- verstärkte Beratung von Eltern über die ganze Bandbreite der schulischen Fördermöglichkeiten für Kinder mit Behinderungen.

Für die Umsetzung des Inklusionskonzepts auf der schulischen Ebene stehen – so Bildungsministerin Doris Ahnen – bis 2016 zusätzlich zur normalen Unterrichtsversorgung der bestehenden Förderschulen und Schwerpunktschulen insgesamt 200 Vollzeitstellen zur Verfügung. Außerdem sollen die für inklusive Angebote verfügbaren Personalressourcen mit dem fortschreitenden Inklusionsprozess steigen.

Der VBE-Landesvorsitzende Gerhard Bold stellte dazu fest, dass der VBE in dem Inklusionskonzept der Landesregierung noch keinen Masterplan sehe. „Wir sind uns mit Bildungsministerin Ahnen völlig einig, dass die schulpolitische Umsetzung der von Deutschland ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention zur Inklusion eine der größten Herausforderungen für unser Schulwesen ist. Der VBE ist allerdings auch der Auffassung, dass dies nicht mit 200 Lehrerstellen zu machen ist“, so der VBE-Landeschef.

Die Umsetzung der Inklusion sollte deshalb für die Landesregierung ein Anstoß sein, ihre Sparbeschlüsse zur Streichung von 2.000 Lehrerstellen in den kommenden Jahren zu überdenken. Förderschulen wird es auch weiterhin geben müssen. Ihre Weiterentwicklung zu Förder- und Beratungszentren, wie das die Landesregierung jetzt vorhat, ist ein richtiger Weg. Allerdings sollten ihn alle Förderschulen beschreiten können – und nicht nur eine Auswahl.

Unverständlich ist für den VBE, warum die gymnasiale Oberstufe im Bereich der Sekundarstufe II von dem Inklusionskonzept ausgenommen wird. Gerhard Bold: „Dürfen behinderte Kinder am Gymnasium kein Abitur machen?“

Insgesamt sieht der VBE Rheinland-Pfalz in dem Inklusionskonzept der Landesregierung wichtige und richtige Ansätze zur Umsetzung der Inklusion an den Schulen. Bei der Lehrerversorgung müsse die Landesregierung aber noch nachbessern. „In diesem Punkt setzen wir auf das sozialpolitische Gewissen der neuen Ministerpräsidentin Malu Dreyer“, so der VBE-Landesvorsitzende.

■ *RED*

Es bleibt dabei: „Wir machen's einfach … Schulträger, leg los!“

Die Schule ist nach der gesetzgeberischen Konzeption ein Zusammenspiel des Landes und des (meist kommunalen) Schulträgers. Eigentlich zwei Partner auf gleicher Augenhöhe, eigentlich. Doch dies wird im Bildungsministerium nicht immer so gesehen. Oft fällt dort der Begriff „Sachkostenträger“. Hierzu zwei Beispiele: Reduzierung der Klassenmesszahl an Grundschulen und die Einführung der Schulbuchausleihe.

Mit Schreiben vom 01.06.2011 an die Schulleiter hat die Bildungsministerin für die Grundschulen „die neue Klassenmesszahl 24 festgelegt“ (Originalton); die Neufassung der betreffenden Verwaltungsvorschrift sei in Vorbereitung. Eine Frau ein Wort! Doch die gesetzliche Grundlage für dieses „Dekret“ steht immer noch aus. In der nach wie vor gültigen Verwaltungsvorschrift (zuletzt geändert 2007) hierzu heißt es: „Für die Klassenstufen 1–4 der Grundschule wird die Klassenmesszahl auf 30 Schülerinnen und Schüler festgesetzt.“ Eine Änderung der VV ist jedoch immer noch nicht erfolgt; angekündigt war sie für das Schuljahr 2011/2012. Seitens des Bildungsministeriums wurde die Absenkung der Klassenmesszahl als Erfolg vermeldet und darauf hingewiesen, dass bereits im letzten Schuljahr 138 zusätzliche erste Klassen mehr gebildet wurden, als dies nach der alten Regelung der Fall gewesen wäre.

Die bildungspolitischen Vorteile und die damit verbesserte pädagogische Ausgangssituation liegen auf der Hand und sollen keinesfalls kleingeredet werden. Doch hätte es sich nicht angeboten, Derartiges auch mit den Schulträgern zu besprechen oder diese zumindest im Vorfeld zu informieren? Selbst Letzteres ist ausgeblieben. Eine Reduzierung der Klassenmesszahl kann für Schulträger bedeuten, dass – bei gleichbleibenden Schülerzahlen – mehr Klassen gebildet werden und demzufolge mehr Klassenräume zur Verfügung gestellt werden müssen. Bereits Ende September 2011 hat sich der Gemeinde- und Städtebund an das Bildungsministerium gewandt und um Stellungnahme hierzu gebeten. Im Januar 2012 antwortete die Bildungsstaatssekretärin, kündigte die Überarbeitung der entsprechenden Verwaltungsvorschrift inklusive einer Konnexitätsprüfung an, ihr Haus werde diesbezüglich rechtzeitig auf die Kommunalen Spitzenverbände zukommen. Dies ist nun über ein Jahr her, doch was ist geschehen: nichts! Faktisch wurde die Klassenmesszahl auf 24 Schülerinnen und Schüler an den Grundschulen „per Dekret“ abgesenkt. Wie gesagt: „Wir machen's einfach …“

Ein weiteres Beispiel: Die Schulbuchausleihe. Wir erinnern uns, in welcher Hast und Hektik diese eingeführt und umgesetzt worden ist. Die immensen Probleme und Startschwierigkeiten sind allgemein bekannt. Insbesondere ein nicht ausgereiftes Internetportal erschwerte die Umsetzung ungemein. Da nutzte auch die eingerichtete Hotline nicht, bei der die meiste Zeit niemand erreichbar war. Dennoch, die kommunalen Schulträger haben ihre Hausaufgaben gemacht und, so flexibel es nur irgendwie ging, versucht, das gesteckte Ziel der ordentlichen Versorgung mit Schulbüchern zu erreichen. Mit einem gewissen Stolz kann ich sagen, dass unsere Schulträger ihr Bestes gegeben und eine ordentliche Leistung abgeliefert haben. Aber auch hier gilt unstreitig das gesetzlich festgehaltene Konnexitätsprinzip: „Wer bestellt, der bezahlt.“ Die Allgemeingültigkeit dieser Aussage ist zwischen Land und kommunalen Schulträgern unstreitig. Allein die Umsetzung gestaltet sich äußerst schwierig. Zwar wurde eine Konnexitätsvereinbarung zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land geschlossen, doch die Umsetzung durch das Land erweist sich mehr als schwierig. Ähnliche Erfahrungen haben wir im Kindergartenbereich gemacht. Der Unmut auf kommunaler Seite ist groß. Auf dieser Basis sind die kommunalen Spitzenverbände nicht mehr bereit, mit dem Land künftig noch Konnexitätsvereinbarungen zu schließen.

Winfried Manns

Der geneigte Leser wird verstehen, warum so mancher Bürgermeister mit dem Leitspruch des Landes „Wir machen's einfach …“ nicht glücklich ist. Noch mal: Die kommunalen Schulträger sehen sich in der Pflicht, gemeinsam mit dem Land einen ordentlichen Schulbetrieb zu gewährleisten. Eine Verantwortung, der man sich auf kommunaler Seite gerne stellt. Aber bitte nicht als bloßer Sachkostenträger oder gar als Erfüllungsgehilfe des Landes.

■ *Winfried Manns, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz*

Schulstruktur in Rheinland-Pfalz: in guten wie in schlechten Zeiten

– Bilanz und Ausblick einer Reform –

Mit dem Schuljahr 2012/2013 wurde die letzte Stufe der rheinland-pfälzischen Schulstrukturreform gezündet, die mit dem Schuljahr 2009/2010 und der Einführung der Realschule plus sowie dem Ausbau der Integrierten Gesamtschulen begonnen hat.

Der VBE Rheinland-Pfalz kann sicher als Mitinitiator der von ihm lange geforderten Schulstrukturreform gelten. Die Realschule plus ist mit marginalen Änderungen die Regionale Schule von früher mit neuem Namen – was nichts Schlechtes ist, sondern vielmehr die schulpolitische Qualität der vom VBE initiierten Regionalen Schule belegt.

Im vierten Jahr der Schulstrukturreform gibt es in Rheinland-Pfalz 111 Schulen im Bereich der weiterführenden Schulen (unter Einschluss der „Oberstufen“ der Förderschulen) weniger. Das ist zum großen Teil bereits der demografischen Entwicklung geschuldet, die bekanntlich ein wesentlicher Impulsgeber der Schulstrukturreform ist und bei den Schulträgern zur Zusammenlegung von Schulstandorten führt.

Schulstrukturentwicklung 2008 - 2013

Schuljahr	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13
Förderschulen	141	139	138	138	138
Grundschulen (incl. Klassen 1–4 GHS und GRS+)	988	983	976	974	968
Gymnasien	143	146	146	147	149
Hauptschulen (incl. Klassen 1–10 GHS)	171	125	61	45	25
Integrierte Gesamtschulen	25	35	52	54	54
Realschulen	117	83	33	24	20
Regionale Schulen (incl. Kl. 5–10 GRS und DOS)	99	-/-	-/-	-/-	-/-
Realschulen plus (incl. Kl. 5–10 GRS+ und FOS)	-/-	129	179	194	199
Saldo der Schulstrukturreform im Schuljahr 2012/13: insgesamt bestehen 131 Schulen weniger, davon 111 weniger im Bereich der Sekundarstufe I.					

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

„Ich will nicht als Lehrer zweiter Klasse behandelt werden.“

Die Interessengemeinschaft der Hauptschullehrerinnen und Hauptschullehrer (IGHL) und der VBE Rheinland-Pfalz arbeiten bei der Durchsetzung von mehr sozialer Gerechtigkeit unter den Lehrerinnen und Lehrern eng zusammen. Der Schwerpunkt dieser Kooperation liegt im Bereich der Sekundarstufe I, also vor allem an den Realschulen plus. IGHL und VBE unterstützen gemeinsam eine Klage vor dem Verwaltungsgericht Koblenz. Auch nach der Dienstrechtsreform, die zwar die Laufbahnen abgestimmt, die soziale Ungleichheit unter den Lehrern aber zementiert hat, gibt es dafür allen Anlass. Über diese Initiative sprach die RpS-Redaktion mit Holger Rindsfüßer, Hauptschullehrer und Sprecher der IGHL.

Holger Rindsfüßer

Sie sind als Lehrer an einer Realschule plus tätig. Wie lange werden Sie als Hauptschullehrer voraussichtlich noch tätig sein, obwohl es ab August die Hauptschule in Rheinland-Pfalz gar nicht mehr geben wird?

Ich werde voraussichtlich noch 25 Jahre im Dienste des Landes Rheinland-Pfalz als Hauptschullehrer an einer Realschule plus tätig sein.

Sie kämpfen – mit dem VBE – für eine Gleichstellung der Lehrkräfte an den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen. Was war Ihr wichtigstes Motiv?

Es geht mir um die Anerkennung unserer geleisteten Arbeit, und ich möchte nicht als „Lehrer zweiter Klasse“ behandelt werden. Da bin ich mir mit meinen Kolleginnen und Kollegen völlig einig.

Mittlerweile ist die politische Auseinandersetzung um die Gleichstellung in eine juristische übergegangen. Gemeinsam mit dem VBE unterstützen Sie eine Klage vor dem Verwaltungsgericht Koblenz. Haben Sie den Glauben an die Politik verloren, soll das Gericht richten, was die Politik versäumt hat?

Nach jahrelangen erfolglosen Bemühungen unserer Interessengemeinschaft, die Politik auf unsere Situation aufmerksam zu machen, nicht zuletzt durch eine von 1.600 Kolleginnen und Kollegen unterschriebene Petition an den Landtag, schrieben wir vor der letzten Landtagswahl im Jahre 2012 die politischen Parteien mit der Aufforderung an, sich eindeutig zu unserem Anliegen zu äußern. Die FDP lehnte eine Unterstützung unserer Sache ab. Die CDU äußerte, dass „perspektivisch keine Lösung an einer gleichen Bezahlung der Lehrerkollegien an Realschulen plus vorbeigehen“ könne. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen hingegen versicherte in ihrem Antwortschreiben unzweideutig, sich vehement für eine Gleichbesoldung einsetzen zu wollen, blieb jedoch nach der Wahl die Einlösung dieser Zusicherung schuldig. Einzig die Sozialdemokraten zogen es vor, unsere Anfrage unbeantwortet zu lassen.

Sind Sie vom Erfolg des Verfahrens überzeugt oder könnte die Politik noch einlenken?

Nachdem die Partei Bündnis 90/Die Grünen ihr uns gegebenes Versprechen nicht eingehalten hat und auch das Dienstrechtsänderungsgesetz mit der Mehrheit von SPD und Grünen im Landtag verabschiedet wurde, sind wir überzeugt, dass der politische Weg in unserer Sache allenfalls noch eine Begleitstrategie sein kann und richten – gemeinsam mit dem VBE – unsere Bemühungen nun auf den juristischen Weg.

■ *Für das Interview bedankt sich Hjalmar Brandt.*

In aller Kürze – eine Bilanzskizze

Inhaltlich und schulpolitisch fällt für den VBE Rheinland-Pfalz eine vorläufige Bilanz der Schulstrukturreform wie folgt aus:

- Die Schulstrukturreform war richtig und wichtig, für zahlreiche Schulen kam sie allerdings sehr spät, wenn nicht zu spät.
- Durch die Veränderung der Schullandschaft wurde mehr Raum für gemeinsames Lernen geschaffen, allerdings wurden die Möglichkeiten bei Weitem nicht ausgereizt.
- Der Aufbau der Fachoberschule (FOS) zeigt die richtige Perspektive, greift aber zu kurz und benachteiligt die Realschule plus in der Konkurrenz der Schularten untereinander. Auch die Realschule plus sollte eine Oberstufe haben, die zur allgemeinen Hochschulreife (also zum Abitur) führt.
- Der Erhalt des ehemaligen Hauptschulabschlusses als „Berufsreife“ ist ein schulpolitischer Anachronismus und führt zur dauerhaften Benachteiligung der Absolventen. Alle Schulabgänger sollten über den qualifizierten Sekundar-I-Abschluss als Standardqualifikation verfügen.
- Die Unterrichtsversorgung an den Realschulen plus ist mit einem Minus von strukturell 2,2 % (entsprechend einem Bedarf von ca. 180 Lehrerstellen) zum Teil miserabel und führt zu Standortbenachteiligungen.
- Die „Gewinner“ der Schulstrukturreform sind letztlich die Gymnasien und die Integrierten Gesamtschulen, jene Schularten also, die die allgemeine Hochschulreife von vornherein als Abschlussperspektive anbieten.

Der VBE Rheinland-Pfalz fordert auch nach dem Ende des laufenden Schuljahres eine konsequente Weiterentwicklung der Schulstrukturreform bis hin zu einem echten zweigliedrigen System. Die von der Landesregierung ab dem Schuljahr 2013/14 vorgesehene Schulstruktur entspricht – außerhalb der Förderschulen – eher einer reformierten Dreigliedrigkeit mit der Gefahr, dass ähnliche Entwicklungen, Verschleißerscheinungen und Akzeptanzverluste eintreten wie bei der „alten“ Dreigliedrigkeit.

Was bleibt: Der Kampf gegen die soziale Ungleichheit unter den Lehrern

Ein zentrales Problem für den VBE bleibt die soziale Ungleichheit unter den Lehrerinnen und Lehrern mit unter-

schiedlichen Lehrämtern, aber identischen beruflichen bzw. pädagogischen Aufgaben. Dieses Gerechtigkeitsproblem erhält gerade durch die Schulstrukturreform neue Aktualität, zumal eine Gleichstellung bei den Schulleitungen bereits per Gesetz erfolgt ist, bei den „normalen“ Lehrkräften aber nicht.

Vor diesem Hintergrund fordert der VBE Rheinland-Pfalz – seit Langem – eine Gleichstellung der Lehrkräfte in Ausbildung, Arbeitszeit und Gehalt. Die Kampagne „Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen!“ unterstützt diese Forderung auch optisch und argumentativ.

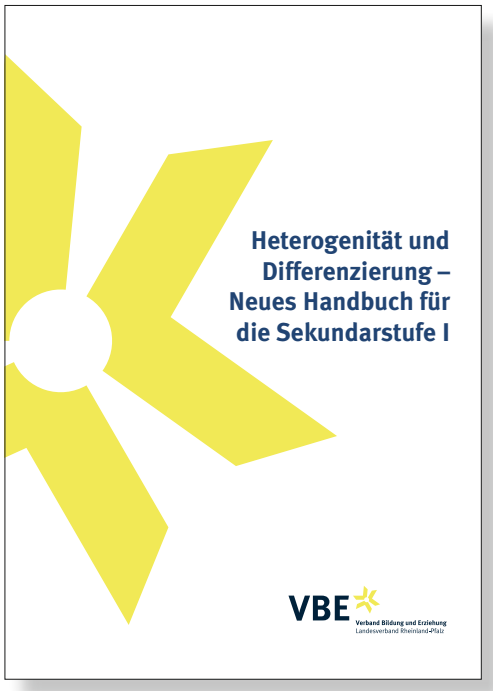
Leider hat der politische Weg, um diese Forderung durchzusetzen, auch nach Jahrzehnten nicht zu einem erkennbaren Ziel geführt. Immer nur freundliches Verständnis zu finden, aber letztlich Ablehnung in der Politik zu erfahren, verändert auf die Dauer nichts.

Deshalb hat sich der VBE entschlossen, ergänzend zu seinen politischen Initiativen den Klageweg vor den Gerichten einzuschlagen. Dafür hat er sich mit der Interessengemeinschaft der Hauptschullehrerinnen und Hauptschullehrer (IGHL) zusammengeschlossen. Die Klage vor dem Verwaltungsgericht Koblenz läuft (vgl. auch das Interview mit dem IGHL-Sprecher Holger Rindsfüßer).

■ *br*

Aktuell im Angebot des VBE Bildungs-Service:

Neues Handbuch für die Sekundarstufe I – die Schulentwicklung in der Praxis



- Ziele – Elemente – Konzeptionen
- Pädagogische Gestaltungspotenziale
- Konzeptionelle Perspektiven
- Die Praxis von Heterogenität und Differenzierung

Mit Beiträgen von:
Tanja Anton
Manfred Bönsch
Thomas Cohnen
Annelie Cremer
Kurt Czerwenka
Elke Gödickemeier
Karl-Wolf Hoffmann
Heinz Klippert
Josef-Peter Mertes
Johannes Müller
Ottmar Schwinn
Natalie Smilek
Ingrid Springer
Team der RS+ Ramstein-Miesenbach
Beate Voigtländer

Format A4 / ca. 140 Seiten / Spiralheftung
Preis: € 12,80
Für VBE-Mitglieder: € 9,80
(jeweils zzgl. Versandkosten)

Bestellung bei der VBE-Landesgeschäftsstelle
Postfach 4207
55032 Mainz
Fon 06131 616422
Fax 06131 616425
info@vbe-rp.de
www.vbe-rp.de

Herausgegeben von der VBE Bildungs-Service GmbH

Endlich Klarheit im Wahlpflichtbereich der Realschule plus?

Im Rahmen der Schulstrukturreform entstanden in der Realschule plus neue Fächer wie „Hauswirtschaft und Sozialwesen (HuS)“, „Technik und Naturwissenschaft (TuN)“ und „Wirtschaft und Verwaltung (WuV)“ die wesentliche inhaltliche Übereinstimmungen zu Vorgängerfächern in Hauptschule und Realschule, wie z. B. Arbeitslehre, Familienhauswesen, Wirtschafts- und Sozialkunde, Mathematik-Naturwissenschaften, aufweisen.

Mehr oder weniger automatisch unterrichten Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung in den o. g. Fächern der Haupt- und Realschulen auch in der seit 2009/2010 neu installierten Realschule plus, ohne eine Lehrerlaubnis in den neuen Fächern zu besitzen, obwohl sich die fachdidaktische Ausrichtung verändert hat.

Nach vier Jahren hat sich das MBWWK nun dazu entschlossen, endlich Klarheit zu schaffen und im Rahmen eines EPoS-Briefs die Schulen informiert, wie künftig zu verfahren ist.

Dabei stellt sich heraus, dass Lehrkräfte, die bereits die Unterrichtserlaubnis in zu den Wahlpflichtfächern affinen und vergleichbaren Fächern der Vorgängerschulen (HS, RS, RGS, DOS) wie Arbeitslehre (Wirtschaft, Technik, Haushalt) oder Wahlpflichtfächer (z. B. MN, WiSo, SoP) erworben haben, keine Unterrichtserlaubnis benötigen. Sie können in den dazu affinen Fächern des neuen Angebotes unterrichten. Ebenfalls können Lehrkräfte, die eine Lehrbefähigung in Fächern mit zu den Wahlpflichtfächern affinen Inhalten haben, wie z. B. Wirtschaftskunde, das Fach Wirtschaft und Verwaltung unterrichten. Der zusätzliche Erwerb einer Unterrichtserlaubnis ist nicht notwendig.

Für Lehrerinnen und Lehrer, die in den bisherigen zu den neuen Fächern affinen Wahlpflichtfächern über langjährige Unterrichtserfahrungen verfügen, aber bisher keine Unterrichtserlaubnis erworben haben, unterbreitet das Pädagogische Landesinstitut ein spezifisches „Weiterbildungsangebot“, damit sie die Unterrichtserlaubnis im Rahmen des geregelten Fortbildungskontingentes erwerben können.

Für die Lehrkräfte, die kein affines Fach unterrichten und auch keine Unterrichtserfahrungen haben, wurde ein Weiterqualifizierungslehrgang zum Erwerb der Unterrichtserlaubnis in den neuen Wahlpflichtfächern vom Pädagogischen Landesinstitut entwickelt, der seit Oktober 2011 angeboten wird. Dieser Weiterbildungslehrgang erstreckt sich über 2 Jahre und schließt mit einem Kolloquium ab.

Lehrkräfte aus der Realschule plus, die das Zertifikat „ÖKONOMISCHE BILDUNG ONLINE“ (ÖBO ist eine interaktive Fortbildungsplattform, die von Lehrkräften in Rheinland-Pfalz genutzt werden kann) erworben haben, können sich dieses im Rahmen des Erwerbs einer Unterrichtserlaubnis für das „Wahlpflichtfach Wirtschaft und Verwaltung“ in der Realschule plus anerkennen lassen.

Empfehlenswert sollte die Teilnahme an einer Fortbildungsmaßnahme sein, die vom Pädagogischen Landesinstitut angeboten wird und im Besonderen die Unterrichtsprinzipien (Berufsorientierung, Ökonomische und Informatische Bildung) sowie die altersgerechte und pädagogische Umsetzung zum Gegenstand haben sollte. Diese Empfehlung gilt auch für Lehrkräfte, die das Fach Französisch unterrichten.

Erfreulich, dass man sich dazu durchgerungen hat, den Ausbildungshorizont und die gewonnenen Erfahrungen der Lehrkräfte zu berücksichtigen und auf unnötige Prüfungen und Kolloquien zu verzichten. Allerdings wäre eine verpflichtende Fortbildungsveranstaltung für die betr. Lehrkräfte angebracht gewesen, um sie auf Inhalte und fachdidaktische Aspekte der neuen Fächer aufmerksam zu machen. Zumal ja bereits kompetenzorientierte Rahmenpläne entstanden sind, die als Grundlage für schuleigene Arbeitspläne dienen können. Wenn der Wahlpflichtbereich die zentrale Rolle in der Realschule plus spielen soll, dann wäre die Vermittlung der neuen didaktischen Ausrichtung sehr wichtig.

Für die neuen Wahlpflichtfächer in der Realschule plus hält das PL ein umfangreiches Angebot vor:

- fachspezifische Fortbildungen unter Einbeziehen der Unterrichtsprinzipien,
- Beratung von Schulen und Fachkonferenzen,
- regionale Netzwerktreffen, unterstützt durch eine Moodle-Plattform,
- Weiterbildungslehrgänge für fachfremd unterrichtende Kolleginnen und Kollegen,
- Prüfungen zum Erwerb der Unterrichtserlaubnis,
- Unterrichtsmaterialien,
- Homepage zu den Wahlpflichtfächern.

Weiterführende Informationen sind zu finden auf der neuen Homepage unter:
http://wpf-rsplus.bildung-rp.de/gehezu/startseite.html

Johannes Müller, Referent für Beruf und Beratung

Das Leben ist zu kurz, um Deutsch zu lernen (1)

(Oscar Wilde, 1854 – 1900).

Wie Schüler Deutsch lernen

Andrea Damm/pixelio.de

Dass Oscar Wilde sich – zumindest teilweise – geirrt haben muss, scheint offensichtlich, jedenfalls, wenn es sich um Jugendliche handelt. Dass Deutsch eine schwierige Sprache ist, bleibt unbestritten, umso erstaunlicher ist festzustellen, wie viele Kinder, die aus ihren Ländern ohne die geringsten Deutschkenntnisse zu uns kommen, schon nach kürzester Zeit sehr gutes Deutsch sprechen.

Die Zahl der Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund wächst täglich und oft kommen sie ohne auch nur ein einziges Wort Deutsch zu sprechen. Umso erfreulicher ist es zu beobachten, wie viele von ihnen sich sprachlich hervorragend entwickeln und oft schon nach wenigen Monaten am normalen Unterricht in der Klasse teilnehmen können. Dazwischen liegen i. d. R. allerdings viele Stunden gezielter Sprachförderung …

An der Goethe-Realschule plus in Koblenz besuchen Schülerinnen und Schüler aus 34 Nationen den Unterricht. Oft kommen sie ohne ein einziges Wort Deutsch, besuchen dann in den ersten Monaten ein spezielles Sprachförderungsprogramm der Schule, um dann nach und nach am regulären Unterricht im Klassenverband teilzunehmen.

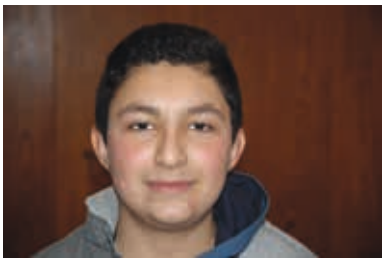
An dieser Stelle möchte die RPS einige dieser Schülerinnen und Schüler vorstellen – mit den unterschiedlichsten Deutschkenntnissen. Warum fällt es dem einen so leicht, während sich andere offensichtlich schwerer tun, die deutsche Sprache zu lernen? Welche Faktoren spielen hier eine Rolle? Ist es Begabung? Die familiäre Situation? Die Freunde? Die Qualität der Sprachförderung? (Alle hier vorgestellten Schülerinnen und Schüler sprechen zu Hause ausnahmslos ihre Muttersprache).

Vsevolod, 14, genannt Seva, aus Russland, kam im Juni 2010 mit „Null-Deutschkenntnissen“ nach Deutschland. Zu Hause spricht er nur Russisch. Seva konnte sich bereits nach wenigen Wochen gut verständigen und ist heute Klassenbester in fast allen Fächern. Er spricht ein grammatikalisch nahezu einwandfreies Deutsch mit starkem russischem Akzent. Wenn ich in Russland bin, sagen mir die Leute: *Hey, du klingst ja gar nicht mehr wie ein Russe! Die deutsche Sprache finde ich sehr gut; sie gefällt mir sogar besser als Russisch.*

Lilav, 14, kam im Sommer 2012 . Bereits in ihrem Heimatland Syrien hatte sie Deutsch-Sprachkurse besucht. Sie spricht ausreichend gut Deutsch, sodass sie problemlos an allen Unterrichtsstunden ihrer Klas-

se teilnehmen kann. Allerdings fällt ihr die Schriftsprache noch schwer. Später möchte Lilav vielleicht einmal Dolmetscherin werden. *Sie spricht neben Deutsch, Arabisch und Armenisch ein gutes Schulenglisch.* Zu Hause in ihrer Familie unterhält man sich in ihrer Muttersprache Kurdisch.

Die deutsche Sprache gefällt mir gut. Ich finde, man kann diese Sprache leicht lernen.



Eren, 13, kam vor 2 Jahren ohne jegliche Deutschkenntnisse aus der Türkei. Eren erhielt von Beginn an intensive Deutsch-Sprachkurse und bemühte sich auch außerschulisch um entsprechende Nachhilfe. Nach anfänglich zögerlichen Lernerfolgen machte er inzwischen die ersten spürbaren Fortschritte. Aber immer noch ist Deutsch für Eren eine Fremdsprache, die es ihm schwierig macht, am normalen Unterricht teilzunehmen. Eren interessiert sich für Vieles aus Deutschland und hat bereits seinen ersten Harry-Potter in der neuen Sprache gelesen. Zu Hause spricht Eren ausschließlich Türkisch.

Die deutsche Sprache finde ich nicht leicht, aber jetzt, wo ich schon Vieles sprechen und verstehen kann, gefällt sie mir jeden Tag besser. Ich kann jetzt schon an vielen Unterrichtsstunden ganz normal teilnehmen. Darüber freue ich mich sehr.

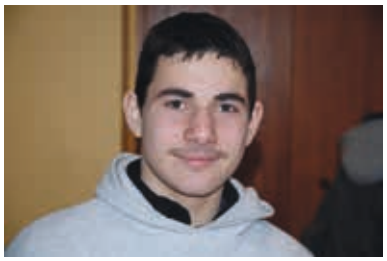
Rossana, 14 aus Rumänien, konnte kein Wort Deutsch als sie im Herbst 2010 nach Deutschland kam. Rossana nahm lediglich 1 Jahr an einem von der Schule angebotenen Deutschkurs teil, spricht mittlerweile nahezu fließend Deutsch (fast ohne Akzent) und gehört zu den leistungsstarken Schülerinnen ihrer Klasse. Angespornt die deutsche Sprache zu lernen, wurde sie – nach eigener Aussage – durch den Wunsch, mit ihren Freunden in der Schule zu kommunizieren. Rossana liest aus eigenem Interesse deutsche Bücher. Ausschließliche Sprache zu Hause: Rumänisch.

Die deutsche Sprache finde ich interessant und ziemlich einfach. Nur die Artikel in den verschiedenen Fällen und Fachbegriffe z. B. in Arbeitslehre bereiten mir noch Probleme.

Motaz, 14, Syrien, ist erst wenige Wochen in Deutschland und hat keinerlei Deutschkenntnisse. Er nimmt täglich an zwei Lerneinheiten Deutsch teil. Zu Hause spricht Motaz ausnahmslos Arabisch.

Die deutsche Sprache finde ich ???? – keine Ahnung, ich spreche noch kein einziges Wort Deutsch. Ich denke aber, ich werde diese Sprache schnell erlernen.

Das Interview mit Motaz konnte nur mit Hilfe von Lilav(s. Seite 12) durchgeführt werden



Cristian, 15, kam im Dezember 2011 aus Rumänien nach Deutschland: Christian hat noch große Schwierigkeiten, Deutsch zu verstehen, bzw. sich in dieser Sprache ausdrücken zu können. Er nimmt regelmäßig an der Deutsch-Sprachförderung teil. Sprache zu Hause: Rumänisch. *Die deutsche Sprache finde ich nicht einfach, aber ich werde es schaffen. In einem Jahr werde ich gut Deutsch sprechen, da bin ich mir sicher!*

Wir bedanken uns bei allen Schülern und Schülerinnen für die Informationen zum Stand ihrer Deutschkenntnisse.

Die RPS wird diese Schüler über ein Jahr begleiten und halbjährig über den Fortschritt ihrer Deutschkenntnisse berichten (August 2013 und Februar 2014).

■ *kfs*

Schulleitung und Mitbestimmung

– Das Landespersonalvertretungsgesetz in der Praxis –

In drei regionalen Veranstaltungen wurden im November/Dezember 2012 in Koblenz, Wittlich und Mainz VBE-Fortbildungen zum Landespersonalvertretungsgesetz (LPersVG) angeboten. Das ist an sich nichts Neues, denn das LPersVG ist zweimal jährlich Thema von Schulungen, die der VBE in Rheinland-Pfalz für Personalräte anbietet. Doch diese Schulungen waren für Schulleitungen vorgesehen.

Oft schon wurden von Schulleitungen Fragen zum Thema Mitbestimmung gestellt und dementsprechend kam in allen drei Regionen eine stattliche Anzahl von Teilnehmern bei den einzelnen Veranstaltungen zusammen.

Einen ganzen Tag lang verschafften sich Schulleitungsmitglieder interessiert einen Überblick über die Grundgedanken und allgmeinen Bestimmungen des LPersVG.

Als zentrales Thema beschäftigten sich die Schulleitungsmitglieder mit den Grundsätzen der Personalratsarbeit.

Für Personalrat wie Schulleitung wichtig ist dabei der Grundsatz, der sich wie ein roter Faden durch die Veranstaltungen zog: „Kooperation statt Konfrontation“.

Dabei geht es um:

- Ausrichtung des Verhaltens auf das Erreichen gemeinsamer Ziele,
- Offenheit und Ehrlichkeit,
- Keine Drohungen oder Bluffs,
- Sich mit „den Augen für den anderen“ ausstatten,
- Problemlösung bei Schwierigkeiten suchen,
- Wechselseitige Fairness,
- Wohlwollende Begegnung,
- Sachlichkeit der Argumente.

Kurzum: Es gilt das Gebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Deutlich hervorgehoben wurde aber auch das Wächteramt, das dem Personalrat zukommt. Der Gesetzgeber nimmt Dienststelle und Personalvertretung gemeinsam in die Pflicht, dafür zu Sorge tragen, dass alle Angehörigen der Dienststelle nach Recht und Billigkeit behandelt werden.

Rechte und Pflichten sowohl von Schulleitung als auch von Personalratsseite wurden anhand von Beispielen thematisiert und diskutiert. Viele Beispiele kamen auch von den Teilnehmern und dienten so der weiteren Vertiefung.

Anhand der vielen Praxisbeispiele ließ sich die Rangordnung in der Mitbestimmungspyramide gut durcharbeiten.

Damit Personalräte ihre Pflichten im Sinne aller erfüllen können, bedürfen sie selbst eines Schutzes. Gemäß § 6 des LPersVG dürfen sie wegen ihrer Tätigkeit nicht benachteiligt oder begünstigt werden.

Zum Wohle der Beschäftigten sind sie ihrerseits zu Verschwiegenheit und Einhaltung des Datenschutzes verpflichtet.

Ganz deutlich war bei allen teilnehmenden Schulleitungsmitgliedern eine hohe Motivation zu erkennen für eine gemeinsame vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ihren örtlichen Personalräten zum Wohle der gesamten Dienststelle.

■ *Barbara Kotsch,*
Referentin für Schulleitungen

Schulleitung heißt kollegiale Förderung

Verlegung von Unterricht

Immer wieder gibt es Anfragen von Schulen, unter welchen Bedingungen der Gesamtunterricht einer Schule verlegt werden kann. Aktueller Anlass in diesem Jahr war das Deutsche Turnfest 2013 im Rhein-Neckar-Raum. Man findet lediglich in einem Schreiben des MBWW aus dem Jahre 1999 Orientierungsrichtlinien: Darin heißt es u. a., dass eine volle zeitliche Kompensation des zu verlegenden Unterrichtstages nötig ist. Dass die Gremien der Schule ihr Einvernehmen erklären müssen und die Schülerbeförderung sichergestellt werden muss, ergibt sich fast von selbst, ebenso, dass der ADD ein ausführlicher Plan vorzulegen ist. Das vollständige Schreiben finden Sie in den VBE-Fundstellen unter „Verlegung von Unterricht“. ■

Vergütung von nebenamtlichen und nebenberuflichen Prüfertätigkeiten

Die im letzten Jahr neu in Kraft getretene Verwaltungsvorschrift regelt die Vergütung, die Lehrkräfte bei Prüfungen von Nichtschüler(inne)n sowie Ergänzungsprüfungen erhalten. Auffällig dabei, dass es für gleiche Tätigkeiten, wie z. B. Aufsichtsführung bei Prüfungen, unterschiedliche Vergütungssätze gibt. Lehrkräfte mit dem Lehramt Real-, Grund- und Hauptschule erhalten pro Zeitstunde 3,50 €, Lehrkräfte mit Lehramt Gymnasium oder BBS 4,50 €. Es mutet geradezu kurios an, dass im Jahr 2013 für gleiche Tätigkeiten unterschiedlich vergütet wird. Ein Relikt aus Kaisers Zeiten. ■

Verlängerung der Dienstzeit

Im Klemm-Gutachten ist die Verlängerung der Dienstzeit um ein Jahr angedacht. Details liegen noch nicht vor. Vielleicht entdeckt die neue Ministerpräsidentin ihr Herz für Lehrkräfte und nimmt die Erhöhung wieder zurück. ■

Schwerpunktschulen

Im Zeichen der Inklusion gibt es einen Bedarf an Förderschullehrkräften im Land. Nicht alle Schulen sind ausreichend versorgt. Eine ausgezeichnete Unterrichtsversorgung und gute Rahmenbedingungen sind aber wichtig, um dem Anspruch der Schüler/-innen auf qualifizierten Unterricht gerecht zu werden. ■

Personalratswahlen 2013

Mittlerweile hat es sich herumgesprochen, dass vom 13. – 17. Mai 2013 die nächsten Personalratswahlen stattfinden. In allen Schularten: nein. Die Kolleginnen udn Kollegen aus dem Bereich Gymnasium schicken voraussichtlich erst am 22. Mai 2013 ihre Wähler/-innen zur Urne. ■

Dienstbesprechungen für Schulleitungen

Im Februar/März finden wieder für die Leitungen der Grundschulen Dienstbesprechungen an insgesamt 4 Standorten zur Thematik „Weiterentwicklung der GS, Bildungsstandards konkret sowie Aufbau von mathematischen Grundvorstellungen“ statt. Neu ist, dass die Veranstaltungen nur noch nachmittags stattfinden und anschließend auf regionaler Ebene „nachbearbeitet“ werden. ■

Zuständigkeit der Personalräte bei Einstellungsgesprächen in der Fachoberschule

Das OVG in Koblenz hat entschieden, dass der BPR Realschule plus bei der personalrechtlichen Beteiligung an Einstellungsverfahren für die Fachoberschule die zuständige Personalvertretung ist. ■

Kompetente Beratung durch Persönlichkeit

Mehr Infos unter

www.unimedizin-mainz.de/ifl

Hinausschieben des Ruhestands

Für verbeamtete Lehrkräfte des Landes besteht die Möglichkeit, ihre Dienstzeit nach § 38 des Landesbeamtengesetzes um ein bis höchstens drei Jahre zu verlängern. Voraussetzung ist aber, dass ein dienstliches Interesse des Arbeitgebers, hier das MBWWK, vorliegt. Die Hauptpersonalräte besitzen hier ein Mitbestimmungsrecht. ■

Vorgehen bei Rücktritt des Örtlichen Personalrats

Wenn in der laufenden Wahlperiode der Örtliche Personalrat (ÖPR) einer Schule zurücktritt, führt er die Geschäfte weiter, bis ein neuer ÖPR gewählt ist. Wichtig ist es, dass der alte ÖPR innerhalb einer Frist von drei Wochen einen Wahlvorstand zu bestellen hat (LPersVG § 21 (3). ■

Arbeits- und Gesundheitsschutz (Musterhygieneplan)

Hygienepläne müssen laut Infektionsschutzgesetz an allen Schulen durchgeführt werden. Das Institut für Lehrergesundheit (Ifl) hat dazu einen sehr ausführlichen Musterhygieneplan ausgearbeitet, der per Download allen Schulen zugänglich ist (www.unimedizin-mainz.de/ifl). ■

Individuell beraten – kompetent informiert

– Regionale VBE-Sprechstunden im ersten Schulhalbjahr 2012/2013 –

Der VBE Rheinland-Pfalz bietet im ersten Schulhalbjahr 2012/13 Auskunft, Beratung, Hilfe oder Unterstützung zu folgenden Themen bzw. Problembereichen:

- Einstellung
- Ländertausch
- Personalvertretung
- Abordnung
- Probezeit
- Rechtsfragen
- Versetzung
- Planstelle
- Frauen und Beruf

Region Rheinhessen-Pfalz **Wann?**	**Wo?**	
06. Februar 2013 14:00–16:00	Landau	Grundschule Horstring Helmbachstraße 100, 76829 Landau
19. März 2013 16:00–18:00	Kaiserslautern	Grundschule Betzenberg Kantstraße 97, 67663 Kaiserslautern
25. April 2013 16:00–18:00	Mainz	GRS plus, Am Lemmchen 48, 55120 Mainz-Mombach
15. Mai 2013 14:00–16:00	Landau	Grundschule Horstring Helmbachstraße 100, 76829 Landau
25. Juni 2013 16:00–18:00	Frankenthal	Grundschule Robert Schumann Ziegelhofweg 16, 67227 Frankenthal

Region Koblenz **Wann?**	**Wo?**	
19. Februar 2013 16:00–18:00	Wirges	Realschule plus Theodor-Heuss-Ring, 56422 Wirges
05. März 2013 16:00–18:00	Mülheim-Kärlich	Realschule plus Reihe Bäume 21, 56218 Mülheim-Kärlich

Region Trier **Wann?**	**Wo?**	
19. Februar 2013 16:00–18:00	Trier	Grundschule Mariahof Mariahof 23, 54296 Trier

Als Ansprechpartnerin/Ansprechpartner stehen Kolleginnen und Kollegen aus den Bezirkspersonalräten aller Schularten bei der ADD in Trier zur Verfügung.
Bitte rechtzeitig telefonisch oder per E-Mail in der VBE-Landesgeschäftsstelle anmelden.

Der VBE. Die Gewerkschaft mit Biss und Ideen.

Info

VBE Verband Bildung und Erziehung Landesverband Rheinland-Pfalz

www.recht-fuer-lehrer.de
Rechtsfälle aus dem Berufsleben

Schließung der Schule – droht angestellten Lehrern Arbeitslosigkeit?

Die Frage bzw. das Problem:
Ich bin seit 2010 an einer Realschule unbefristet angestellt. Nun ist nicht auszuschließen, dass die Schule wegen mangelnder Schülerzahlen in einigen Jahren geschlossen wird. Könnte eine Schließung der Schule für mich bedeuten, dass ich arbeitslos werde, oder werde ich in diesem Fall lediglich an eine andere Schule versetzt?

Die Antwort:
Im Gegensatz zum Beamten auf Lebenszeit wird dem Angestellten leider keine Beschäftigung auf Lebenszeit garantiert. Wenn die Schule aufgelöst würde, könnte das Arbeitsverhältnis wegen Betriebsauflösung beendet werden. In einem solchen Fall werden aber Bemühungen stattfinden, die Lehrkräfte anderweitig zu beschäftigen. Da ist dann auch der BPR gefragt! Aber Sie sollten in diesem Fall selbst aktiv werden und sich um eine andere Anstellung bemühen.

Pflicht zur Übernahme einer Klassenleitung?

Die Frage bzw. das Problem:
Bin ich auf Anordnung des Rektors dazu verpflichtet, eine Klassenleitung zu übernehmen?

Die Antwort:
Die Leitung einer Klasse muss grds. auf dienstliche Anweisung hin übernommen werden. Wenn es jedoch ohnehin genügend Lehrkräfte geben sollte, die gerne eine Klasse leiten möchten, sollte mit der Schulleitung gesprochen werden. Wenn nicht genügend Lehrer eine Klassenleitung freiwillig übernehmen möchten, muss die Schulleitung Lehrkräfte bestimmen, um die Schulorganisation aufrechtzuerhalten.

Beihilfe – Kostenerstattung bei Todesfall

Die Frage bzw. das Problem:
Die Ehefrau eines verbeamteten Kollegen ist vor einigen Tagen verstorben. Können ihm die Kosten, die im Zusam-

Kostenfrei für VBE-Mitglieder
Alles, was Recht ist ...

... das VBE-Rechtsberatungsangebot:
direkt, kompetent, umfassend!

Der VBE Rheinland-Pfalz bietet seinen Mitgliedern ein umfassendes Berufs- und Rechtsberatungsangebot. Schwerpunkte sind u. a.:

- Verwaltungs- und Dienstrecht
- Beamten- und Tarifrecht
- Schul- und Personalvertretungsrecht
- Beihilferecht / Altersteilzeit / Pensionsberechnung

Rechtsanwältin Nicole Koch

Der schnellste Weg zur VBE-Rechtsberatung führt
über die spezielle VBE-Website
www.recht-fuer-lehrer.de
per E-Mail an recht@vbe-rp.de
oder telefonisch über die VBE-Landesgeschäftsstelle (0 61 31 / 61 64 22).

Feste Telefonberatungszeiten:
dienstags und donnerstags 16:00–18:00 Uhr

Zusätzlich bietet der VBE persönliche Beratungstermine in der Mainzer VBE-Landesgeschäftsstelle an jedem dritten Donnerstag im Monat (außerhalb der Ferienzeiten) an, einmal pro Quartal speziell zu Fragen der Altersteilzeit und des Ruhegehalts (aktuelle Termine auf der VBE-Website www.vbe-rp.de).

Wieder ein guter Grund mehr, Mitglied im VBE Rheinland-Pfalz zu sein – oder zu werden.

Mehr Infos unter

http://www.recht-fuer-lehrer.de/

menhang mit der Bestattung entstanden sind und noch entstehen, noch über die Beihilfe erstattet bzw. teilweise erstattet werden?

Die Antwort:
Wäre Ihr Kollege, also der Beamte selbst (der Beihilfeberechtigte), verstorben, hätte seine Ehefrau anfallende Überführungskosten vom Sterbeort an den Ort der Beisetzung erstattet bekommen können, wenn der Todesfall z. B. bei einer Dienstreise oder während einer Abordnung eingetreten wäre. Weitere Kosten werden nach der neuen BVO leider ohnehin nicht mehr übernommen! Bestattungskosten werden in keinem Fall mehr übernommen, s. hierzu § 54 BVO n. F. Für die Bestattung der Ehefrau kann Ihr Kollege leider keine Unterstützung über die Beihilfe erwarten.

§§ Altersermäßigung von 3 Wochenstunden – finanzieller Ausgleich?

Die Frage bzw. das Problem:
Im September 2011 wurde ich 63 Jahre alt. Leider erfuhr ich erst im Februar 2012 von der Altersermäßigung von 3 Wochenstunden. Kann ich jetzt noch erfolgreich einen Ausgleich für die in der Zeit von September bis Februar zu viel geleisteten Stunden verlangen?

Die Antwort:
In § 9 der LehrArbZVO ist geregelt, dass Lehrkräften, die, berechnet ohne Altersermäßigung, mindestens die Hälfte des Regelstundenmaßes Unterricht erteilen, ohne in Altersteilzeit zu sein, mit Beginn des Schuljahres, in dem sie das 63. Lebensjahr vollenden, 3 Wochenstunden Altersermäßigung gewährt werden.
Ihnen wurde die Ermäßigung zunächst nicht gewährt.

Ein finanzieller Ausgleich für von Beamten zuviel geleistete Arbeitszeit kommt aber nur auf der Grundlage einer gesetzlichen Regelung in Betracht, welche hier jedoch fehlt. Zudem muss der Beamte nach der neuesten Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts seinen Anspruch auf einen (zeitlichen) Ausgleich gegenüber seinem Dienstherrn ausdrücklich geltend machen; ein Ausgleich kommt nur für Zuvielarbeit in Betracht, die der Beamte nach der Stellung des entsprechenden Antrages leisten muss. Ein Ausgleich der vorher erbrachten Zuvielarbeit ist demgegenüber nicht angemessen und würde dem Grundsatz von Treu und Glauben widersprechen. Der Dienstherr hat nämlich ein berechtigtes Interesse daran, nicht nachträglich mit hohen Ausgleichsforderungen belastet zu werden. Es ist dem Beamten in dem von der Pflicht zu gegenseitiger Rücksichtnahme geprägten Verhältnis zu seinem Dienstherrn zuzumuten, seinem Begehren auf Gewährung eines Ausgleichs frühzeitig Ausdruck zu verleihen, zumal an einen entsprechenden Antrag keine hohen Anforderungen zu stellen sind (vgl. dazu Verwaltungsgericht Koblenz, Urteil aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 29. März 2012, 6 K 1067/11.KO).

§§ Regelungen zum Mutterschutz

Die Frage bzw. das Problem:
Muss ich meine Schwangerschaft der Schulleitung mitteilen und wo finden sich überhaupt die Regelungen zum Mutterschutz? Muss ich während der Schwangerschaft noch Pausenaufsicht halten und Klassenfahrten durchführen? Und wie lange dauert bitte die Mutterschutzfrist?

Die Antwort:
Die Regelungen des Mutterschutzes für Beschäftigte findet man im Mutterschutzgesetz (MuSchG) und für Beamtinnen in der Mutterschutzverordnung (MuSchVO) von Rheinland-Pfalz. Sie sollten der Schulleitung ihre Schwangerschaft und den voraussichtlichen Termin der Entbindung mitteilen, sobald ihnen ihr Zustand bekannt ist. Auf Verlangen sollten Sie das Zeugnis eines Arztes oder einer Hebamme vorlegen. Die Schulleitung hat die vorgesetzte Behörde unverzüglich zu informieren. Ab der Mitteilung der Schwangerschaft hat die Schulleitung eine besondere Fürsorgepflicht gegenüber der Schwangeren. Insbesondere hat sie die werdende Mutter und ihr Kind vor Gefährdungen der Gesundheit sowie vor Überforderung am Arbeitsplatz zu schützen. Dies gilt z. B. für den Einsatz bei der Pausenaufsicht oder bei Klassenfahrten. Mutterschutzgesetz und Mutterschutzordnung verbieten grundsätzlich jegliche Mehrarbeit sowohl für werdende als auch für stillende Mütter. Die Schutzfrist beginnt sechs Wochen vor der Entbindung und endet im Normalfall acht Wochen nach der Entbindung. Bei vorzeitiger Entbindung verlängert sich nach der Geburt die Schutzfrist um den Zeitraum, der vor der Geburt nicht in Anspruch genommen wurde. Bei Entbindung nach dem berechneten Termin verlängert sich die Schutzzeit nach der Geburt nicht. Die Mutterschutzfrist beträgt also in keinem Fall weniger als vierzehn Wochen.

■ *Zusammengestellt von Rechtsanwältin Nicole Koch*

... unseren Geburtstagskindern im März 2013

zur Vollendung des 70. Lebensjahres:

am 04.03. Edeltrud Maus, Fr.-v.-Steinstr. 31, 55559 Bretzenheim
am 05.03. Elisabeth Müller, Am Ruhberg 6, 56459 Girkenroth
am 07.03. Franz Rumpler, Zweibrückerstr. 49, 66987 Thaleischweiler-Fröschen
am 10.03. Rainer Heimig, Kiefernweg 4, 54293 Trier
am 12.03. Ingrid Frick, In der Gasse 1 a, 66482 Zweibrücken-Mörsbach
am 13.03. Heidemarie Machon, Eselsdamm 34, 67346 Speyer
am 15.03. Roswitha Klee, Am Hüttenberg 9, 56077 Koblenz
am 15.03. Norbert Hundt, Hauptstr. 9, 51598 Friesenhagen
am 18.03. Klaus Rausch, Im Höhberg 21, 54344 Kenn
am 19.03. Josef Schmitt, Beyerhofgasse 3, 56154 Boppard
am 22.03. Josef Kotschenreuther, Kleiststr. 14, 67258 Heßheim

zur Vollendung des 71. Lebensjahres:

am 04.03. Margret Pokorny, Serriger Str. 69, 54439 Saarburg
am 07.03. Manfred Windhausen, Im Flur 15, 54614 Schönecken
am 13.03. Franz Fischer, Bodelschwinghstr. 41, 66976 Rodalben
am 17.03. Gertrud Schlechtriemen, Backesstr. 15, 57572 Niederfischbach
am 17.03. Christine Jung, Gustav-Kietz-Str. 5, 67549 Worms
am 19.03. Maria Heinz, Steinkaul 10, 54317 Lorscheid
am 31.03. Doris Link, Bachstr. 21, 56422 Wirges

zur Vollendung des 72. Lebensjahres:

am 01.03. Willi Hermes, Manderscheiderweg 6, 54673 Neuerburg
am 04.03. Reinhold Anton, Bergstr. 23, 54424 Thalfang
am 05.03. Doris Eyrisch, Domacker 14, 55743 Idar-Oberstein
am 15.03. Dieter Schwab, Görresstr. 60 a, 56254 Müden
am 23.03. Lieselotte Sieveke, Blumenwiese 14, 54329 Konz-N'mennig
am 27.03. Hermann Haid, Dilling 1, 54597 Olzheim
am 30.03. Paul Specht, Krokusweg 31, 55126 Mainz

zur Vollendung des 73. Lebensjahres:

am 01.03. Peter Feltes, Auf Bobüsch 15, 54343 Föhren
am 02.03. Marlies Meyring, Gartenstr. 32, 76855 Annweiler
am 05.03. Margret Kappi, Bahnstr. 6, 56414 Dreikirchen
am 05.03. Alma Max, Eichendorffstr. 1, 54516 Wittlich
am 07.03. Doris Zak, Kurparkstr. 13, 56112 Lahnstein
am 13.03. Rudolf Schuff, Otto-Frank-Str. 12, 67454 Haßloch
am 16.03. Monika Seib-Cembolista, Neuweg 37, 55130 Mainz
am 17.03. Berthold Müller, Hinter Eichbaum 53, 55595 Wallhausen
am 20.03. Elisabeth Köllner, Bergstr. 25, 66996 Fischbach
am 21.03. Josef Dahm, Kolpingstr. 7, 56220 Urmitz
am 23.03. Gisela Krütten, Meulenstr. 27, 54313 Zemmer
am 24.03. Rudolf Gantner, Herrenfeldstr. 11, 76726 Germersheim
am 30.03. Karl Mutsch, Brahmsstr. 2, 54497 Morbach

zur Vollendung des 74. Lebensjahres:

am 01.03. Winfried Berrens, Kiefernweg 4, 54516 Wittlich
am 02.03. Erika Müller, Ringstr. 9, 55595 Hargesheim
am 02.03. Irmgard Hellersberg, Goethestr. 28, 56288 Kastellaun
am 07.03. Marlies Rauch, Hans-Böckler-Str. 3, 55232 Alzey
am 08.03. Norbert Meinhard, Peter-Weyer-Str. 2, 55129 Mainz
am 09.03. Hans Wolfgang Herdes, Landstr. 3, 56073 Koblenz
am 12.03. Reinhard Theis, Raiffeisenstr. 20, 54472 Monzelfeld
am 16.03. Rainer Becher, Im Seifen 15, 56414 Dreikirchen
am 17.03. Klaus Wagner, Zum Kreinerberg 12, 66663 Besseringen
am 20.03. Josef Kettern, Radbüschstr. 33, 54552 Mehren
am 21.03. Horst Grentzer, Schumannring 56, 76761 Rülzheim
am 28.03. Albert Borrelbach, Seibertstr. 6, 54673 Koxhausen

zur Vollendung des 75. Lebensjahres:

am 05.03. Heinrich Enkrich, Kruppstr. 17, 56642 Kruft
am 08.03. Josef Ambrosius, Max.-Kolbe-Str. 44, 54516 Wittlich
am 11.03. Karl Hermann Matthias, Kaiser-Wilhelm-Ring 81, 55118 Mainz
am 13.03. Edith Gura, Erlenweg 1, 56283 Halsenbach
am 15.03. Hans Heberer, Oberwindhagener Str. 34, 53578 Windhagen
am 15.03. Norbert Sahm, Eckstr. 14, 66851 Queidersbach
am 23.03. Marianne Müller, Korumstr. 3, 54294 Trier

zur Vollendung des 76. Lebensjahres:

am 20.03. Rosemarie Rehm-Stephan, Anemonenweg 8 a, 55129 Mainz

zur Vollendung des 77. Lebensjahres:

am 06.03. Reinhold Zimmer, Dürerstr. 10 a, 54294 Trier-Zewen
am 08.03. Josef Wagner, Dillstr. 5, 56412 Nentershausen
am 08.03. Franz Bleicher, Bienwaldstr. 5, 76889 Kapsweyer
am 13.03. Gunter Bug, Schlittweg 17, 67361 Freisbach
am 18.03. Peter Kaufmann, Uhlandstr. 5, 56751 Polch
am 25.03. Christel Klassmann, Südstr. 10, 56412 Oberelbert

zur Vollendung des 78. Lebensjahres:

am 01.03. Erwin Pickan, Kirchstr. 4, 54570 Densborn
am 12.03. Hiltrud Barth, Am Wald 18, 55595 Spabrücken
am 12.03. Hubertus Bartsch, Unterer Kurweg 12, 67316 Carlsberg
am 17.03. Magdalene Noner, Schulstr. 51, 53426 Schalkenbach
am 30.03. Franz Kauth, Blussustr. 11, 55130 Mainz

zur Vollendung des 79. Lebensjahres:

am 04.03. Hubert Holl, Am Griesböhl 15, 66994 Dahn
am 12.03. Ewald Weber, Neuerburger Str. 7, 54634 Bitburg
am 25.03. Hans Aulenbacher, Kolpingstr. 38, 56751 Polch
am 28.03. Erwin Selb, Holunderweg 20, 67346 Speyer

zur Vollendung des 80. Lebensjahres:

am 09.03. Annemarie Müller, Hindenburgstr. 6, 57627 Hachenburg
am 14.03. Renate Jansky, Am Königsborn 4, 55126 Mainz
am 18.03. Hermann-Josef Wies, Boelckestr. 12, 56073 Koblenz

zur Vollendung des 81. Lebensjahres:

am 12.03. Marliese Wagner, Branchweilerhofstr. 10, 67433 Neustadt

zur Vollendung des 84. Lebensjahres:

am 16.03. Rainer Quinten, Kirchberg 37 a, 56626 Andernach

zur Vollendung des 85. Lebensjahres:

am 01.03. Hans Teusch, Bergweiler Str. 17, 54518 Hupperath
am 05.03. Alois Martin, Auf dem Acker 1, 56203 Höhr-Grenzhausen

zur Vollendung des 86. Lebensjahres:

am 01.03. Paul Fuhr, Neuweg 13, 55743 Idar-Oberstein
am 03.03. Ruth Dehne-Schlegel, Freiherr-v.-Stein-Str. 1, 67466 Lambrecht
am 08.03. Herbert Engel, Raiffeisenstr. 12, 55294 Bodenheim
am 08.03. Karljosef Schmitt, Arloner Str. 16a, 54634 Bitburg

zur Vollendung des 87. Lebensjahres:

am 03.03. Erich Meiner, Hoorweiher 10, 56218 Mülheim-Kärlich

zur Vollendung des 90. Lebensjahres:

am 28.03. Josef Thelen, Mertesdorfer Str. 21, 54292 Trier-Ruwer

zur Vollendung des 91. Lebensjahres:

am 16.03. Erich Holeschovsky, Pommernstr. 7, 76829 Landau
am 18.03. Hildegard Samuel, Elisabethen Str. 10, 66901 Schönenberg-Kübelberg

zur Vollendung des 94. Lebensjahres:

am 02.03. Hildegard Stürmer, St.-Anna-Str. 31, 54295 Trier-Olewig

Rund um die Finanzen

Familienpflegezeitversicherung: Beiträge sind Werbungskosten

Die zum 01. Januar 2012 eingeführte Familienpflegezeit soll die Vereinbarkeit von Beruf und familiärer Pflege verbessern. Beschäftigte, die ihre Arbeitszeit reduzieren, um einen Angehörigen zu pflegen, erhalten in dieser Zeit eine Entgeltaufstockung, wie der Bund der Steuerzahler erläutert. Zum Ausgleich erhalten die Arbeitnehmer später bei voller Arbeitszeit hingegen nur ein reduziertes Gehalt. Problematisch wird es allerdings, wenn der Ausgleich nicht erfolgen kann, weil der Beschäftigte beispielsweise berufsunfähig wird. In diesem Fall kann eine Familienpflegezeitversicherung einspringen. Die Beiträge zu dieser Versicherung sind laut Steuerzahlerbund sogar steuerlich relevant. Sie können nämlich in der Einkommensteuererklärung als Werbungskosten bei den Arbeitnehmereinkünften abgezogen werden.

Pflichtteilsberechtigter Erbe darf Nachlassaufstellung einsehen!

Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Thüringen in Jena (Az.: 6 W 206/11) darf ein Pflichtteilsberechtigter, der ein Interesse daran hat, zu erfahren, welchen Umfang der Nachlass hat und wie hoch sein Pflichtteilsanspruch ist, die Nachlassaufstellung einsehen. Im verhandelten Fall hatte die Erblasserin zwei Söhne, von denen sie den einen als Alleinerben eingesetzt hatte. Nach ihrem Tod bewilligte das Nachlassgericht dem pflichtteilsberechtigten anderen Sohn die Einsicht in die Nachlassakte. In das Nachlassverzeichnis wollte sich die Behörde aber nicht schauen lassen. Das Oberlandesgericht entschied aber, dass der Sohn auch die Nachlassaufstellung einsehen dürfe, denn er habe ein berechtigtes Interesse daran, zu erfahren, welchen Umfang der Nachlass hat und wie hoch sein Pflichtteilanspruch ist. An dem Einsichtsrecht ändere auch die Tatsache nichts, dass der Sohn andere Möglichkeiten habe, sich die gewünschten Infos zu verschaffen, etwa durch den direkten Auskunftsanspruch gegenüber dem Erben.

Haussanierung steuerlich absetzbar!

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat ein Herz für Häuslebauer, denn wer sein selbst genutztes Eigenheim sanieren muss, kann mit Steuererleichterungen rechnen. Ob die Aufwendungen als außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden können, hängt allerdings von einer Reihe von Bedingungen ab. Steuerlich abzugsfähig sind Baumaßnahmen, durch die konkrete Gesundheitsgefährdungen abgewehrt werden. Dazu zählt etwa die Sanierung asbesthaltiger Gebäudeteile. Aber auch die Behebung von Brand- oder Hochwasserschäden sowie die Beseitigung von Hausschwamm oder unzumutbaren Geruchsbelästigungen können steuermindernd geltend gemacht werden. Voraussetzung ist jedoch in allen Fällen, dass der Grund für die Sanierung beim Grundstückserwerb nicht erkennbar gewesen und auch nicht vom Eigentümer selbst verschuldet worden sei. Apropos Schuld: Erst wenn der Eigentümer versucht hat, eventuelle Schadensersatzansprüche gegenüber Dritten zu verfolgen, kann er seine Mehrbelastung gegenüber dem Finanzamt geltend machen, muss sich aber den aus der Erneuerung ergebenden Vorteil anrechnen lassen. Die mögliche Steuererleichterung bezieht sich ausdrücklich nicht auf die Kosten üblicher Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen oder der Beseitigung von Baumängeln. Nimmt ein Eigenheimbesitzer die Schadensbehebung zum Anlass für weiterreichende Modernisierungen, so ist das Finanzamt berechtigt, sich daraus ergebende Vorteile vom steuerlich geltend gemachten Gesamtbetrag abzuziehen. Besserung für Immobilienbesitzer ist aber in Sicht: Noch im Laufe des Jahres will der Bundesrat Steuererleichterungen für energetische Sanierungen beschließen.

■ *RED*

Auflösung des Rätsels aus Heft 1/2013

P	O	S	T	B	O	T	E		I	N	D	I	A	N	A	P	O	L	I	S
E			H				M		D		E		B		K		P		N	
T	A	D	E	L			B	I	E	S	T		A	L	T	R	U	I	S	T
R			M		Z	A	R		A		E		K		I		S		E	
U	N	N	A		E		Y		L		K		U		E			A	L	M
S		U			T		O				T		S			K	I	D		I
	U	M	S	A	T	Z		E	S	S	I	G		E	N	D	I	V	I	E
		M			E				E		V	O	L	T		W		E		F
N		E			L		S		N			S		W			A	R	G	
E	H	R	E	N		O	C	H	S	E		S		A		H		B		E
P					Z		H		E		P	E	N	S	I	O	N		P	I
T	R	A	U	M	W	E	L	T			I		O			N		M	E	T
U					I		U		N	I	Z	Z	A		B	I	S	S		E
N	I	X	E		E	I	S		E		Z		H	E		G	O			R
					B		S	E	T		A			I			L	O	S	
N	E	U	N	T	E	L			T	R		J	U	G	E	N	D			V
I					L	A	N	D				E		E		R		K		A
P	E	T	Z	E		X				K		T		N			G	U	A	M
P		U		I	A		B		B	A	L	L	E	T	T			N		P
E		C			S		O		O	N		A		O				S		I
S	C	H	A	L		H	A	M	B	U	R	G		R	I	C	H	T	E	R

N E H M E N S I E D I E M E N S C H E N
W I E S I E S I N D
A N D E R E G I B T ´ S N I C H T

VBE-Bundesseniorenversammlung 2012 in Königswinter

Vom 08.12. bis zum 10.12.2012 fand die diesjährige Bundesversammlung der VBE-Senioren in der dbb-akademie in Königswinter statt. Wegen der schlechten Witterung und anderer Terminprobleme hatten leider nicht alle Landesvertreter erscheinen können.

Die Teilnehmer – eine Dame und 12 Herren – widmeten sich nach der Erledigung der Formalien und der Entgegennahme der Berichte über die diesjährigen vielfältigen Aktivitäten des Bundessprechers, Max Schindlbeck, den angekündigten Sachthemen.

Die Mitglieder der VBE Bundesseniorenversammlung 2012; rechts: Max Schindlbeck

Im Vordergrund stand dabei die immer noch schwelende Ost-West-Rentenproblematik. Gerd Kurze, stellvertretender Bundessprecher, trug dazu eine in Anlehnung an Unterlagen der Grundsatzkommission erarbeitete und mit dem Kollegen Martin Mischke aus Sachsen abgestimmte Synopse vor. Die Übertragung des Rentensystems West auf die neuen Länder, das Nachzeichnen fiktiver Erwerbsbiografien im Osten seit 1979 und die noch heute geltende Höherwertung der Ostrenten waren für die Teilnehmer aus dem Westen weitgehend neu. In der anschließenden Diskussion konnten die vielen persönlichen Ergänzungen aus dem Kreis der betroffenen Kollegen entscheidend zum Verständnis der sehr komplexen und scheinbar unlösbaren Gemengelage beitragen.

Am Sonntag berichtete der eigens angereiste Bundesvorsitzende Udo Beckmann über die Ergebnisse der Bundesdelegiertenversammlung des dbb. Er dankte für die engagierte Zusammenarbeit und versprach, bei der Neuorganisation der Bundesseniorenvertretung des dbb die Interessen der VBE-Senioren zu wahren.

Anschließend wurde mit der Vorstellung einer sehr fundierten und die Teilnehmer überzeugenden Vergleichsstudie aus Baden-Württemberg die Thematik des Vorjahres aufgegriffen. Es wurde deutlich, dass die Alterseinkünfte von Tarifbeschäftigten und Beamten kaum differieren, wenn man nur so ehrlich ist, wirklich vergleichbare Beschäftigungs- und Vergütungsverhältnisse auszuwählen.

Mit der Vorstellung einiger neuer Suchtechniken im Rahmen der Arbeit im Internet durch Dr. Volker Franke konnte Max Schindlbeck die erneut erfolgreiche Zusammenkunft beenden.

■ *Gerhard Kurze*

Europäischer Sozialer Dialog Bildung betont Lehrerberuf

Im Ergebnis der zweiten Runde des Europäischen Sozialen Sektoralen Dialogs für Bildung einigten sich Bildungsgewerkschaften (EGBW) und Arbeitgeber (EFEE) in Brüssel auf eine gemeinsame Erklärung zur Rolle des Lehrerberufs für gute Schulen in Europa. In der Erklärung erkennen beide Seiten an, dass Investitionen in Bildung ein

Hauptelement der Strategie Europa 2020 sind und eine Möglichkeit, der wirtschaftlichen Krise zu begegnen. Die Attraktivität des Lehrerberufs müsse durch bessere Arbeitsbedingungen für den Unterricht und die Lehrpersonen gesteigert werden, heißt es weiter.

Die deutschen Bildungsbeschäftigten werden in Brüssel durch VBE und GEW vertreten. Sprecher der gemeinsamen Arbeitsgruppe war 2012 VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann. ■

Einkommensrunde 2013 eingeläutet

Bundestarifkommission und Bundesvorstand des dbb beschlossen am 11. Dezember die Forderungen für die anstehende Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL). In die Verhandlungen ab 31. Januar 2013 geht der dbb mit der Forderung, die Tabellenentgelte (TV-L und TVÜ-Länder) um 6,5 Prozent inklusive einer sozialen Komponente zu erhöhen. Auf die Tagesordnung kommt auch das Thema „Schaffung einer Grundtarifierung für Lehrkräfte“.

„Der VBE steht voll hinter den Forderungen der Bundestarifkommission des dbb beamtenbund und tarifunion zur Einkommensrunde 2013 für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder“, unterstrich VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann. Jens Weichelt, stellvertretender Bundesvorsitzender des VBE und stellvertretender Vorsitzender der dbb-Bundestarifkommission, sagte: „Die Lehrerinnen und Lehrer erwarten bei der Einkommensrunde 2013 die Wiederaufnahme von Verhandlungen zu einer tariflichen Eingruppierung von Lehrkräften. Lehrernachwuchs gewinnt man nicht, wenn man seine Lehrer nicht verbeamtet und in niedrige Gehaltsgruppen eingruppiert.“ ■

Ehrung für Albin Dannhäuser

Der Ehrenpräsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV) Albin Dannhäuser wurde am 8. November 2012 auf Vorschlag des Bayerischen Ministerpräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande geehrt.

Dannhäuser war 24 Jahre bis 2009 stellvertretender Bundesvorsitzender des VBE und Mitglied in der Bildungskommission des dbb. Im Namen des VBE-Bundesverbandes gratulierte Udo Beckmann. Dannhäusers langjähriges Engagement im Ehrenamt und an den Schaltstellen von BLLV und VBE finde damit eine ganz besondere Anerkennung.

Dr. Albin Dannhäuser (Mitte) erhält aus der Hand des bayerischen Kultusministers Dr. Ludwig Spaenle die Urkunde. Rechts BLLV-Präsident Klaus Wenzel

„Mit deinem Credo, mehr Bildungsgerechtigkeit in Deutschland und der Welt durchzusetzen, hast du nachhaltig den VBE profiliert und deinen Heimatverband, den BLLV, zur stärksten bildungs- und berufspolitischen Kraft gestaltet“, so Beckmann. BLLV-Präsident Klaus Wenzel beglückwünschte Dannhäuser zur Auszeichnung und sagte, allein mit der Gründung der BLLV-Kinderhilfe, die heute in weltweit 22 Projekten aktiv ist, habe er Maßstäbe gesetzt. Er habe sich darüber hinaus für den internationalen Austausch von Studenten eingesetzt und pflege langjährige Partnerschaften mit Lehrergewerkschaften aus den USA und der Schweiz. ■

Ausblick 2013

2013 wird das Jahr der Tablets und der Smartphones. Marktanalysten gehen bei Tablets von einem Plus von etwa 40 % im Vergleich zu 2012 aus. Bei den Smartphones sollen die Verkaufszahlen erstmals höher sein als die der „klassischen“ Handys. Bis 2018 sollen fast ausschließlich Smartphones verkauft werden. Nischenanbieter stellen dann vielleicht noch Handys für Senioren oder Kinder her. Die beiden großen Betriebssysteme für Tablets und Smartphohes, iOS (15 %) und Android (75 %), werden auch 2013 den Markt dominieren, Windows Phone wird einen Marktanteil von etwa 5 % erreichen. Die neuen Geräte werden 2013 einige interessante Neuerungen erhalten, so z. B. biegsame, größere Displays (sturzsicher), bessere Kameras (bis 41 Megapixel) und LTE.
Die digitale Mobilität wird 2013 auch den Cloud-Diensten Zuwachs bescheren. Immer mehr Menschen möchten immer und überall an ihre Daten kommen. Bei großen Anbietern (z. B. Google oder Microsoft) sind die Daten weitgehend sicher – wenn ein sicheres Passwort gewählt wird! Zusätzlich zum sicheren Cloud-Passwort sollten die Daten auch noch verschlüsselt in die Cloud geschickt werden, z. B. mit „Truecrypt“.

Tablet-Zubehör

Zu Weihnachten lag ein Tablet unterm Weihnachtsbaum? Dann kann zum Geburtstag das passende Zubehör geschenkt werden. Sinnvoll sind eine passende Tasche (ca. 20 €) oder ein Eingabe-Kugelschreiber (mit Gummispitze, ab 2 €). Ob Bedarf an einer externen Tastatur (Bluetooth, ab ca. 50 €) besteht, sollte vorher erfragt werden. Eine kabellose Bluetooth-Lautsprecherbox (z. B. Logitech Boombox Z715, ca. 85 €) wird oft gerne genutzt, die eingebauten Lautsprecher sind meist nicht besonders gut. Ein Gutschein zum Kauf von Apps bereitet meist Freude (z. B. für Apple App Store oder Android Play Store).

MS Office 2013

Nach Windows ist nun auch Office runderneuert worden. Auch mit Office wird die Vernetzung fortgesetzt. Eigene Dateien sollen in einer „Cloud“ gespeichert werden, also auf einer Festplatte, die Microsoft online zur Verfügung stellt. Unterwegs kann dann vom Smartphone oder vom Tablet auf die Dateien zugegriffen werden. Für alle mobilen Systeme stellt Microsoft dafür die nötigen „Apps“ kostenlos zur Verfügung – allerdings nur die Leseversion. Wer unterwegs Dateien bearbeiten will, muss zahlen! Auch wird die Anbindung an soziale Netzwerke wie Facebook im neuen Office verbessert. So ist es nun z. B. möglich, sich permanent über Neuigkeiten informieren zu lassen.
www.microsoft.de

DVB-T über WLAN

Am Notebook, Tablet oder Smartphone Fernsehen? Mit Zusatzgeräten kein Problem. Es geht aber auch mit dem „Tivizen iPlug“. Steckt man dieses kleine Gerät in die Steckdose, kann per WLAN das Fernsehprogramm empfangen werden. Für unterwegs gibt es das „Tivizen nano“ mit austauschbarem Akku.
www.tivizen.com/de

Google-Smartphone

Das Nexus 4 von Google, von LG hergestellt, war ein großer Erfolg. LG konnte die enorme Nachfrage nur mit wochenlanger Verzögerung befriedigen. Kaum ist es verfügbar, plant Google laut Zeitungsmeldungen ein weiteres Top-Smartphone. So soll die Google-Tochter Motorola den Auftrag bekommen haben, ein Smartphone zu entwickeln, das in allen Bereichen die bestmögliche Technologie bietet. Unter anderem soll es einen biegsamen Bildschirm und ein Keramik-Gehäuse besitzen. Wahrscheinlich wird das neue Google-Smartphone der Renner im nächsten Weihnachtsgeschäft.

Grüner Daumen

Gehen Ihre Pflanzen regelmäßig ein? Dann sollten Sie überlegen, den Koubachi Pflanzen-Sensor zu nutzen. Er misst Bodenfeuchtigkeit, Licht und Temperatur. Über WLAN sendet er die Ergebnisse an Ihren Rechner. Über einen speziellen kostenlosen Dienst wird zudem analysiert, ob die überwachte Pflanze (Datenbank mit über 7000 Pflanzen) optimale Bedingungen hat. Pflegetipps und ein Alarm, wenn die Bedingungen nicht stimmen, runden das Angebot ab. Der Pflanzenwächter kostet ca. 80 €.
www.koubachi.com

Google Nexus 7

Das beliebte Google-Tablet wurde im Herbst im Preis gesenkt. Die 16GB-Version kostet derzeit 199 €. Eine weitere Preissenkung um 50 € ist für das zweite Quartal 2013 zu erwarten. Möglich wird dies durch eine neue Touch-screen-Technik, die das Gerät zudem auch dünner machen soll.
www.hartware.de/news_56661.html

iTube

Eine gute Nachricht für alle Allergiker: iTube soll in Zukunft viele Stoffe erkennen, die Allergien auslösen. So reagiert iTube z. B. auf Erdnüsse, Mandeln, Eier, Gluten und Haselnüsse. Das etwa 50 Gramm schwere Gerät wird mit dem Smartphone verbunden. Eine zerkleinerte und mit Chemikalien versehene Lebensmittelprobe wird in ein Röhrchen eingeführt. In ein zweites Röhrchen kommt eine Kontrollflüssigkeit. Die eigentliche Analyse dauert nur wenige Sekunden, das Resultat erscheint auf dem Smartphone. Wann iTube erscheint, ist allerdings noch offen.
http://neuerdings.com

Kostenlose Apps

Viele Apps für Tablets oder Smartphones werden kostenlos angeboten, manchmal aber nur in der Grundversion. Für mehr Möglichkeiten muss die Vollversion gekauft werden. Vielen Nutzern reicht dabei die Grundversion. Einige Apps, besonders Spiele, gehen nun einen anderen Weg. Um an Extras oder Erweiterungen zu kommen, kann direkt aus der App gekauft werden. So ist z. B. in Spielen ein Level nicht lösbar, außer man kauft Zusatzwerkzeug. In den Bewertungen der Apps werden solche Praktiken meist kritisiert. Also vor Installation einer neuen App immer die Bewertungen lesen und natürlich auch auf unangemessene Rechte achten!

App-Tipp: MyTaxi

Ausgezeichnet als beste Apple-App 2012. Nach der Taxibestellung kann Anfahrt und Ankunftszeit des Taxis live verfolgt und das Profil des Fahrers angezeigt werden. „Lieblingsfahrer“ können gespeichert werden. Kostenlos für iOS, Android und Windows Phone.

Internet

Wem gehört die Domain www.vbe.de? Bei Denic können Sie jeden Inhaber einer deutschen Internetseite erfahren. Geben Sie einfach die Adresse ein (whois), tippen dann die Sicherheitsabfrage ab und wählen „Absenden“. Schon sehen Sie die Inhaberdaten.
www.denic.de

Sie haben eine Mail versendet und eine Fehlermeldung ist zurückgekommen? Hier können Sie prüfen, ob es diese Adresse noch gibt. Tippen Sie die Adresse ein, bestätigen Sie und wählen Sie „Email Dossier“. Nun wird angezeigt, ob die Adresse gültig ist. Eine gültige Adresse wird so angezeigt:
http://centralops.net

Viele Handynutzer haben eine Flat – für das eigene Netz. Hier können Sie herausfinden, ob Ihr Gesprächspartner im selben Netz telefoniert:
www.mobilfunk-talk.de/news/netzcheck

Kinofilme am PC, auf dem Tablet oder dem Smartphone bietet „Netzkino“. Zwar ist die Auswahl nicht besonders aktuell, dafür aber kostenlos und legal. Zur Finanzierung werden vor jedem Film Werbespots eingespielt.
www.netzkino.de

Tipps und Tricks

Wasserschaden

Ist Ihnen schon einmal Ihr Handy, Ihr MP3-Player oder Ihre Kamera ins Wasser gefallen? Wenn Sie sofort reagieren, haben Sie gute Chancen, das Gerät zu retten! Wenn Sie das Gerät aus dem Wasser geholt haben, müssen Sie es sofort ausschalten! Mit einem Papiertuch die oberflächliche Feuchtigkeit abtupfen. Dann alle möglichen Teile (Akku, Speicherkarte, SIM-Karte) entnehmen. Mit einem Staubsauger (feine Düse) sollten Sie nun alle Öffnungen aussaugen (mehrere Minuten lang). Danach sollte das Gerät für 2–3 Tage in Reis gelagert werden, der die Restfeuchtigkeit aufsaugt. Wenn danach keine Feuchtigkeit mehr zu sehen ist, wieder zusammenbauen und einschalten.

Windows Explorer (ab Vista)

Mehrere Dateien markieren Sie schon seit jeher mit der linken Maustaste bei gedrückter Strg-Taste. Ab Windows Vista geht es auch über Kontrollkästchen. Wählen Sie im Explorer Organisieren/Ordner- und Suchoptionen und dort Ansicht. Vor „Kontrollkästchen zur Auswahl“ setzen Sie nun ein Häkchen. Schon stehen die Kästchen zur Verfügung. In Windows 8 ist es noch einfacher. Unter „Ansicht“ reicht die Aktivierung der Elementkontrollkästchen.

Windows: Systemreparatur

Eine Reparatur-CD kann Ihnen viel Ärger ersparen! Wenn Ihr System einmal nicht mehr ordentlich läuft, ist solch eine CD die schnellste Möglichkeit, schnell wieder Ordnung zu schaffen. Drücken Sie die Windows-Taste und R. Nun tippen Sie: sdclt und klicken auf OK. Wählen Sie links unten „Systemreparaturdatenträger erstellen“. Die Erstellung dauert nur wenige Minuten!

Hörbücher

Manchmal bekommt man ein Hörbuch oder ein Hörspiel in einer MP3-Datei (z. B. die kostenlosen WDR-Hörspiele). Besser sind Abschnitte, die z. B. jeweils 5 Minuten lang sind. Um eine große MP3-Datei zu teilen, benötigen Sie z. B. das kostenlose Programm MP3DirectCut. Die Bedienung ist einfach, die „Cuts“ werden automatisch oder manuell gesetzt. Download z. B. hier:
www.chip.de

Sicherheitsbrowser

Zwei Browser versprechen höhere Sicherheit im Internet: „Comodo Dragon“ und „XeroBank“. Beide Browser bieten z. B. guten Schutz gegen Spione, die Ihr Surfverhalten analysieren und Profile erstellen. Download z. B. hier:
www.chip.de

Vorschau

In der nächsten Ausgabe lesen Sie u. a.:

- SSD-Festplatten
- 4K-Fernseher
- NFC

Rückmeldungen erwünscht!

Schicken Sie Anregungen, Wünsche o. Anmerkungen an den Autor:
N.Ristic@gmx.de

Gelebte und geliebte Vielfältigkeit

– Gedanken zur Arbeit an der Schule mit dem Förderschwerpunkt motorische Entwicklung (SFM) –

In Zeiten, in denen die Schlagwörter Inklusion und Schwerpunktschule die Gedanken zur pädagogischen Arbeit und Bildung prägen, sollte es wichtig sein, die Arbeit an den Förderschulen nicht zu übersehen oder gar zu vergessen.

Ist es nicht sogar äußerst wichtig, über die Förderung, das gemeinsame Leben und Lernen an den Förderschulen Bescheid zu wissen, um überhaupt über die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung an Regelschulen nachzudenken?

Das Leben ist klasse ...

Im Folgenden soll ein kleiner Einblick in die Schule mit dem Förderschwerpunkt motorische Entwicklung (SFM) gegeben werden – eine Schule, in der die Vielfältigkeit und Unterschiedlichkeit der Schüler Selbstverständlichkeit ist.

An einer SFM werden Kinder und Jugendliche gefördert und unterrichtet, die eine körperliche Behinderung haben. Die Vielfältigkeit der Behinderungsarten ist groß. Das Spektrum der Behinderungen reicht von körperlichen, körperlichen und geistigen bis hin zu schwersten Mehrfachbehinderungen. Zur Schülerschaft können auch Kinder und Jugendliche mit Autismus oder chronischer Krankheit gehören oder Schüler, die eine schwere oder fortschreitende Erkrankung haben oder hatten.

In einer SFM sind unterschiedliche Bildungsgänge vertreten: Grundschule, Hauptschule, Bildungsgang Lernen und Bildungsgang ganzheitliche Entwicklung. Es gibt die Klassenstufen 1 bis 12, die je nach Bildungsgang durchlaufen werden. Die SFM versteht sich als „offene“ Schule oder „Durchgangsschule“, d. h. Schüler können jederzeit an eine Regelschule wechseln oder von einer Regelschule aufgenommen werden. Es kann für ein Kind mit Behinderung bedeutsam sein, z. B. zuerst die Grundschulzeit an der SFM zu erleben, bevor es an eine weiterführende Regelschule wechselt. Für andere Schüler stellt sich heraus, dass die SFM für die komplette Schulzeit der richtige Ort zum Lernen ist. Außerdem können die Schüler an einer SFM je nach Entwicklung auch zwischen den einzelnen Bildungsgängen, die an der Schule vertreten sind, wechseln. Die Zusammensetzung der Klassen kann ebenfalls sehr vielfältig sein. Das Spektrum der Zusammensetzung reicht von Klassen mit einem bis zwei Bildungsgängen, z. B. Grundschüler und Schüler mit dem Förderbedarf Lernen bis hin zu Integrationsklassen, in denen Schüler aller Bildungsgänge miteinander lernen. Die Schülerzahl variiert je nach Klassenzusammensetzung und Bildungsgang durchschnittlich von 6 bis 12 Schülern.

So vielfältig wie die Schüler sind auch die Berufsgruppen, die an einer SFM vertreten sein können. Es arbeiten unter anderem Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden, Erzieherinnen, Krankenschwestern und Pfleger, Integrationshelfer und Förderschullehrer miteinander. Die Klassenteams setzen sich aus den Förderschullehrern und den pädagogischen Fachkräften zusammen.

Die SFM ist als Ganztagsschule konzipiert. Die Therapien der Schüler lassen sich so in den Schultag integrieren. Das Mittagessen wird in der Schule eingenommen und die Schüler verfügen oft über AG-Angebote an einem Nachmittag. Auch die Versorgung der Schüler mit entsprechenden Hilfsmitteln aus dem orthopädischen Bereich oder zur Unterstützung der Kommunikation, die für die Lebensteilhabe und Bewältigung notwendig sind, wird von den Therapeuten in Absprache mit Ärzten und Eltern organisiert.

Hilfe muss sein ...

U. Haupt (2011, S.239) schreibt: „So ist die Körperbehindertenschule eine lernende Schule. Sie ist herausgefordert, auf die sehr unterschiedlichen Nöte und Bildungsbedürfnisse körperbehinderter und chronisch kranker Kinder mit den Kindern und ihren Eltern in bezogener Zusammenarbeit der Fachkräfte mit ihren unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten Antworten zu finden. ... Kinder mit so unterschiedlichen Kompetenzen, Sozialerfahrungen und Entwicklungsbedingungen wie körperbehinderte oder kranke Kinder mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen können nicht mit fertigen Konzepten, gleichen Unterrichtsmethoden oder Aufgaben gefördert werden. Es ist von größter Bedeutung, mit ihnen zu lernen, ihre persönlichen Lernwege kennenzulernen und diese mit didaktischem Geschick und Methodenflexibilität zu unterstützen. Basis ist das Vertrauen, dass auch geschädigte Kinder kompetent sind für ihre Entwicklung und dass sie lernen können, wenn individuell passende Lernangebote verbunden sind mit dem Erleben zugewandter Beziehungen." Haupt betont weiterhin, dass „emotionale Unterstützung, Förderung der Identitätsentwicklung und des Selbstwertbewusstseins, Raum für Selbstbestimmung in sozialer Verantwortung, Ausdrucksgestaltung, Unterstützung von Kontaktaufnahme und mit Aufarbeitung von Konfliktlagen, soziale Teilhabe, Bewegungserleichterung und Hilfsmittel, Pflege ebenso wichtig sind wie die Unterstützung der kognitiven Entwicklung mit dem Hineinwachsen in die Kultur und der Aneignung von bedeutsamem Wissen für Lebensgestaltung, Teilhabe und berufliche Möglichkeiten."

Die Schule mit dem Förderschwerpunkt motorische Entwicklung ist eine Schule mit einem breiten Spektrum an Möglichkeiten und einer heterogenen Schülerschaft. Sie bietet gleichzeitig die Möglichkeit von Identifikationsprozessen in homogenen Gruppen. Bei allem Inklusionswillen sollte nicht vergessen werden, dass die Behinderung eines Menschen ein fester Teil seiner Persönlichkeit und seiner Lebensgeschichte ist, die nicht einfach „weginkludiert" werden kann.

Neben den vielfältigen Bildungs- und Förderaufgaben an der SFM ist ein wesentlicher Bestandteil, dass Kinder und Jugendliche lernen, ihre Behinderung als besondere Facette ihrer Persönlichkeit anzunehmen. Um diesen Prozess zu durchlaufen, ist es wichtig, dass die Schüler in einer heterogenen Umgebung auch Homogenität mit Kindern erfahren, die aufgrund ihrer Behinderung eine ähnliche Erfahrungswelt teilen.

Die SFM ist ein Ort, an dem die Kinder mit ihrer Behinderung oder Krankheit willkommen und akzeptiert sind und wo nicht von ihren Schwächen, sondern von ihren Entwicklungsmöglichkeiten und Kompetenzen ausgegangen wird (vgl. Haupt 2011, S. 284–285).
Diese Grundeinstellungen gilt es auch gesellschaftlich zu leben!

■ *Nicole Saueressig*
stellv. Landessprecherin der AdJ
essigsauer@web.de

Literatur:

Haupt, U. (2011): Behindert und gefördert – Kinder mit Körperbehinderungen in unserer Gesellschaft. München

... und Unterstützung

VBE-Kreisverband Mainz – mittendrin

– Der VBE in der Landeshauptstadt –

VBE-Kreisvorsitzender Dr. Markus Bachen

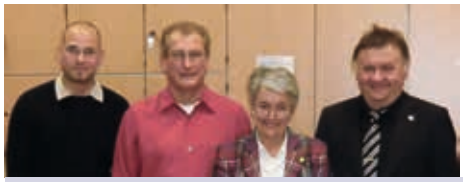
Der Kreisvorstand des VBE Mainz wurde vor rund einem Jahr im November 2011 neu gewählt. Dabei übergab die acht Jahre im Amt befindliche Kreisvorsitzende Helga Kinsky den Staffelstab des Kreisvorsitzes an Dr. Markus Bachen. Frau Kinsky, Schulleiterin der Leibnizschule (einer Grundschule) in Mainz, hatte in ihrer Vorstandstätigkeit insbesondere den Kontakt zu den VBE-Mitgliedern gesucht. Sie installierte ein jährliches Adventstreffen der Mitglieder, bei dem auf das vergangene Jahr gemeinsam zurückgeblickt werden konnte. Dieses Treffen sowie die zweimal im Jahr stattfindenden Führungen durch Mainz übernahm auch der neue Vorsitzende Dr. Bachen.

Die Führungen sollen einerseits einen kulturellen sowie einen historischen Einblick in die Vielfalt der Stadt Mainz geben. Andererseits sollen sie neuen Mitgliedern und Neumainzern auch eine Einführung in Määnzer Stadtgeschichte geben. Und dass Mainz da viel zu bieten hat, braucht nicht extra ausgeführt zu werden.

Aber auch bildungspolitische Inhalte stehen immer wieder im Mittelpunkt der VBE-Kreisarbeit. So hat der Kreisvorstand in diesem Jahr bei der VBE-Delegiertenversammlung mehrere Anträge formuliert und eingebracht. Dabei setzte er sich unter anderem für eine bessere Versorgung der Schwerpunktschulen sowie für die Entlastung der Lehrkräfte an dislozierten Standorten ein. Die Anträge wurden einstimmig von den Rheinland-Pfälzer VBE-Delegierten angenommen.

Kreisvorsitzender Dr. Bachen ist Lehrer für Mathematik und Physik/Chemie an der GRS+ Budenheim/Mainz-Mombach und ist seit 2010 Mitglied im Hauptpersonalrat der Realschulen plus. Bei den anstehenden Personalratswahlen steht er auf Platz 3 der HPR-Liste des VBE. Der in Saulheim wohnhafte VBE-Aktivist kam 2005 als Quereinsteiger in den Lehrerberuf. Zuvor war als Chemiker in der Industrie tätig und bringt dementsprechend Berufserfahrungen mit, die manchmal auch eine andere Sichtweise des Arbeitens in der Schule ermöglichen. „Neben dem Nutzen meiner noch aktiven Kontakte zu Schnittstellen in der Wirtschaft schaffe ich es schon mal, den Schülern einfach die Möglichkeiten in technischen und wissenschaftlichen Berufen aufzuzeigen.“, so Dr. Bachen. Dabei weiß er auch um die Anforderungen, die an die Schulabsolventen in der Ausbildung gestellt werden. Den VBE-Kreisvorstand perfekt macht der Mainzer Schulleiter Valeriano Sierra-Haupt als stellvertretender Kreisvorsitzender. Sierra-Haupt, der 2012 Vater eines Sohnes geworden ist, kam 2011 erstmals zu einer VBE-Führungsposition und kandidiert 2013 auf der BPR-Liste der Realschule plus.

Dr. Markus Bachen, Iris Segrodnik, einige interessierte Lehramtsstudierende und Michael Pfeffer am VBE-Infostand



Valeriano Sierra-Haupt, Dr. Markus Bachen und Helga Kinsky mit VBE-Landesvorsitzendem Gerhard Bold

Der Kreisvorstand hat sich vorgenommen, neben den traditionellen Veranstaltungen gezielt die Mitgliederwerbung und die Aktivierung bereits vorhandener VBE-Mitglieder zu forcieren. Einige Aktionen, die zusammen mit der für die Mitgliederwerbung/-betreuung des VBE Rheinland-Pfalz zuständigen Iris Segrodnik durchgeführt wurden, führten auch bereits dazu, dass der VBE Mainz einige junge Mitglieder gewinnen konnte, die aus dem Gymnasialbereich kommen. Dies kommt sicherlich auch dem selbstgesteckten Ziel näher, ein Verband für alle Lehrer zu sein. Unterstützung bei den Mitgliederwerbeaktionen kam auch von Michael Pfeffer, dem Beauftragten des ÖDMV (Vorsorgespezialist Öffentlicher Dienst der Münchener Verein) sowie von Christian Neugebauer, dem mobilen Vertriebsleiter der BB-Bank. So konnten den neuen, aber auch alten VBE-Mitgliedern die Vorzüge und Vergünstigungen der Finanzdienstleistungsgesellschaften im öffentlichen Dienst nahegebracht werden.

Interessenten, aber auch VBE-Mitglieder, die in Mainzer Schulen beschäftigte und am VBE interessierte Lehrer kennen, können unter der E-Mail mbachen@gmx.de oder telefonisch unter 0163/7332293 den VBE-Kreisvorsitzenden erreichen.

Mainz – mitten in Rheinland-Pfalz – oder wenigstens mittendrin *mb* ■

VBE Verband Bildung und Erziehung – Kreisverband Ludwigshafen/Frankenthal

Neujahrsempfang 2013

Wie in den vergangenen Jahren trafen sich die Mitglieder zum entspannten und gemütlichen Neujahrsempfang im Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen. Neben dem schon obligatorischen leiblichen Wohl standen der mit Bildern untermalte Rückblick, der Ausblick und das Dankschön an alle Helfer zum Gelingen der Veranstaltungen 2012 im Vordergrund. Besonderer Dank galt unserem Kreisvorsitzenden und seiner Frau, Familie Endres. Es folgte dann der Ausblick auf das erste Halbjahr 2013. Nach einigen angenehmen Stunden, auch in der Gewissheit, mit Familie Endres gut aufgehoben zu sein, endete dann dieser gemütliche Abend.

■ *Karl-Josef Klöffer*

KV Neustadt – Bad Dürkheim Veranstaltungen 1/13

Wir wünschen allen Mitgliedern und ihren Angehörigen ein friedvolles und gesundes Jahr 2013.

Günther Greb, Kreisvorsitzender

Inklusion – Forderung und Förderung

Referenten: Gerhard Bold (Landesvorsitzender des VBE Rheinland-Pfalz), Tammo Scherr (Fachreferat Förderpädagogik)
Termin: Donnerstag, 28. Februar 2013, 16.00 Uhr
Ort: Neustadter Brauhaus, Martin-Luther-Str. 60 (hinter LIDL-Markt)
Bitte melden Sie sich bis spätestens 24. Februar schriftlich, mündlich oder per E-Mail an:
Günther Greb, Im Häuselgarten 32, 67466 Lambrecht, Tel. 06325-1327, E-Mail-Kontakt: greb@vbe-nw-duew.de

Königreich Pfalz – Besuch der Ausstellung im Historischen Museum Speyer

Termin: Mittwoch, 13. März 2013, 16.00 Uhr
Treffpunkt: Historisches Museum, Speyer
Anmeldung bis spätestens 4. März beim Kreisvorsitzenden

Werksbesichtigung der Papierfabrik Glatz, Papiermachermuseum

Termin: Mittwoch, 17. April 2013, 15.00 Uhr
Treffpunkt: Papierfabrik Glatz, Frankeneck (nicht Neidenfels!)
Bitte melden Sie sich bis spätestens 13. April an.

Speyerer Dom und Kaisersaal, Führung und ggf. Aufstieg zur Plattform

Termin: Mittwoch, 22. Mai 2013, 15.30 Uhr
Treffpunkt: Haupteingang Dom, Speyer
Bitte melden Sie Ihre Teilnahme bis spätestens 15. Mai beim Kreisvorsitzenden an.

Tagesausflug zum Dynamikum (Mitmach-Museum) in Pirmasens mit anschließender Besichtigung des Nardinihauses und des Nardini-Grabs

Termin: Samstag, 15. Juni 2013, 9.00 Uhr Abfahrt
Treffpunkt: Busbahnhof Neustadt, vor dem Hauptbahnhof
Rückfahrt: gegen 17.30 Uhr
Anmeldung bis spätestens 7. Juni beim Kreisvorsitzenden

Vorankündigung

Machen Sie mit beim traditionellen Spießbratenessen am 13. September 2013 im Kaltenbrunner Tal!

VBE-Stammtisch (nicht nur für Senioren, sondern selbstverständlich auch für Aktive)

Ort: Café Alt Deidesheim, Deidesheim, Weinstraße 35–39
Treffpunkt: ab Februar 2013 an jedem 1. Dienstag des Monats, jeweils ab 15.00 Uhr

Die VBE-Kreisverbände Speyer und Germersheim laden alle Interessierten herzlich zu folgenden Veranstaltungen ein:

Mittwoch, 6.2. und Mittwoch, 19.6. 2013, jew. 18.00 Uhr	Lehrertreffen des Kreisverbandes Speyer Ort: Gaststätte „POSEIDON“ in Speyer, Bahnhofstraße 66 Anmeldung: Bitte bis je 3 Tage vorher bei Werner Morsch, Tel.: 06232-92242, w.morsch-dh@web.de
Donnerstag, 28.2.2013, 15.30–18.00 Uhr	Tipps zu Durchführung der Personalratswahlen Ort: Tagungsraum der „Quetschkommod“, Germersheimer Str. 4, 76879 Ottersheim Referentin: Marlies Kulpe, VBE-Kreisvorsitzende, Vorstandsmitglied im HPR GS Leitung: Marlies Kulpe, Anmeldung: bis zum 25.02.13 bei Marlies Kulpe, Tel.: 07275-1770, marlies.kulpe@web.de, Gebühr: Die Tagungsgebühr in Höhe von 10.- € wird von Nichtmitgliedern vor Ort gegen Quittung erhoben.
Montag, 25.3.2013 (Achtung: Osterferien!)	Tagesfahrt nach Mainz mit Besichtigung des ZDF und Besuch des Rheinland-Pfälzischen Landtages Ort: Mainz, ZDF und Landtag, Referent: Landtagsabgeordneter Martin Brandl (CDU) Leitung: Marlies Kulpe, Anmeldung: bis zum 15.03.13 bei Marlies Kulpe, Tel.: 07275-1770, marlies.kulpe@web.de oder Werner Morsch, Tel.: 06232-92242, w.morsch-dh@web.de Gebühr: Nichtmitglieder beteiligen sich mit einer Kostenpauschale in Höhe von 25.- €.
Mittwoch, 24.4.2013, 15 Uhr	Besuch der Sonderausstellung „Königreich Pfalz“ Ort: Historisches Museum Speyer, Leitung: Werner Morsch Treffpunkt: um 15.05 Uhr im Vorraum des Historischen Museum, eine Voranmeldung ist nicht erforderlich. Gebühr: Die Kreisverbände übernehmen die Kosten für die Führung, die Teilnehmer/-innen zahlen den ermäßigten Gruppeneintrittspreis in Höhe von 11.- €
Mittwoch, 15. Mai 2013	Wanderung im Pfälzer Wald mit Einkehr in der Waldgaststätte Friedensdenkmal Edenkoben Leitung: Werner Morsch, Anmeldung: bis zum 8.05.13 bei Werner Morsch, Tel.: 06232-92242, w.morsch-dh@web.de oder Marlies Kulpe, Tel.: 07275-1770, marlies.kulpe@web.de
Donnerstag, 6. Juni 2013, 14.30 bis 17.00 Uhr	Wissenswertes zu Dienstunfähigkeit, beruflicher Wiedereingliederung, Schwerbehinderung und Rückabwicklung der ATZ im Falle einer Dienstunfähigkeit Ort: Tagungsraum der „Quetschkommod“, Germersheimer Str. 4, 76879 Ottersheim Referent: Bezirksvertrauensperson der Schwerbehindertenvertretung Hans Gotthard Baer Leitung: Marlies Kulpe Anmeldung: bis zum 3.06.13 bei Marlies Kulpe, Tel.: 07275-1770, marlies.kulpe@web.de Gebühr: Die Tagungsgebühr in Höhe von 10.- € wird von Nichtmitgliedern vor Ort gegen Quittung erhoben.

Trauer um Manfred Doll

Anfang Dezember verstarb der langjährige Referatsleiter für Grund- und Hauptschulen an der damaligen Bezirksregierung Neustadt/Wstr., Ltd. RSD Manfred Doll, nach langer schwerer Krankheit im Alter von 75 Jahren.

Über den zweiten Bildungsweg zum Lehrerberuf gekommen, unterrichtete der besonders der Hauptschule verbundene Pädagoge an der früheren Grund- und Hauptschule „Kleine Kalmit“ in Ilbesheim/Südliche Weinstraße, die er als Rektor bis zu seinem Wechsel in den Schulaufsichtsdienst 1983 führte. Dort wurde er wenige Jahre später zum Referatsleiter ernannt, eine Position, die er bis zu seiner Pensionierung 1999 aus gesundheitlichen Gründen innehatte:

Kollege Manfred Doll trat schon als junger Lehrer 1965 in den VBE ein. Er war nicht nur zahlendes Mitglied, sondern brachte sich aktiv in das Verbandsgeschehen ein. Zu den bildungspolitischen Verbandsvorhaben äußerte er sich mit konstruktiver Kritik, Vorschlägen und Ideen. Er war immer ansprechbar und zur Unterstützung bereit. Verlässlichkeit, Fairness und Solidarität waren für ihn keine Fremdwörter.

Wir haben Manfred Doll als eine Persönlichkeit kennen und schätzen gelernt, die sich, geprägt durch seine christliche Haltung, besonders durch seinen unermüdlichen Einsatz für die Lehrkräfte seines Bezirks, durch seine umfassende Sach- und Fachkenntnis, durch seine Ruhe und Ausgeglichenheit, durch sein großes Engagement und seine kollegiale Freundschaft ausgezeichnet hat.

Manfred Doll wird uns stets in guter Erinnerung bleiben.

■ *Gerhard Bold*
VBE-Landesvorsitzender

Die aktuelle Buchkritik:

Hexenjagd – von Ursula Sarrazin

Allein gegen alle

O Du Lehrer/-in, der Du in Berlin unterrichten willst, zieh Dich warm an, halt die Ohren steif, bringe die Ausdauer eines Marathonläufers und die Haut eines Nilpferdes mit, die Kampfkraft eines Judoka, die Schläue eines gewieften Juristen, die Durchsetzungskraft und die Dynamik eines Triathleten! Sonst läufst Du Gefahr, in den Mühlen einer überbordenden Bürokratie, der Willkür von subalternen Vorgesetzten, der Schikane von nervtötenden Kolleg(inne)n und verhaltensauffälligen Schüler(inne)n zerrieben zu werden.

Mit spitzem Stift …

So oder so ähnlich müssen wir uns das Unterrichten in Berlin vorstellen. Der tägliche Kampf ums Überleben. Doch nun kommt Sarrazin. Nach ihrem Scheitern am Berliner Schulsystem ihr schonungsloser Tatsachenbericht! Nach Rütli eins – jetzt Rütli zwei!

Schnell wird beim Lesen auch dem Letzten klar, warum Berlin in den PISA-Wettbewerben so schlecht abgeschnitten hat und Hertha BSC aus der Fußballbundesliga abgestiegen ist. „Allgemeine leistungsabgewandte Grundhaltung aller Beteiligten“, „ein wirklichkeitsabgewandtes und unehrliches Schulklima“, so die Vorwürfe! Egal, ob intrigante Eltern, aufsässige Schüler/-innen, mobbende Lehrkräfte, unfähige Schulleitungen, inkompetente Schulaufsicht, alle schauen ungerührt zu, wie das Schifflein „Bildung“ versinkt!“ „Alles faule Säcke“, wie Gerhard Schröder einmal gesagt haben soll. Ob Prof. Dr. Jürgen E. Zöllner, der damalige amtierende Bildungssenator – und aus Rheinland-Pfalz stammend – auch die Sarrazinsche Meinung vertreten hat?

Wenigstens einen hilfsbereiten Hausmeister oder freundliche Putzfrauen hätte man ihr gewünscht. Oder vielleicht engagierte Gewerkschaftsvertreter oder kompetente Personalräte? Man ruft geradezu nach „Charles Bronson“, wenn er wieder rot sieht und die rauchenden Colts ins Licht der untergehenden Sonne hält. Doch vergebens, sie steht allein gegen alle. Warum wohl?

Bei der Frage nach ihrer Perspektive wird man am Ende die tolle Botschaft finden, dass „Lehrkräfte regelmäßig nach ihren Lehrergebnissen bewertet werden, die mithilfe von Schulleistungstests erhoben werden“. Nur so kann Qualität garantiert und Leistung objektiv belohnt werden. Ich fass es nicht!

Jetzt wissen wir Bescheid: Keine Leistungsbereitschaft = keine Erfolge, keine „prinzipiell gesunde Klassen“ = nur leistungsunwillige Schüler/-innen, „haltlose Zustände“ = „Berliner Sumpf!“ Das Desaster um den Berliner Großflughafen wird auf einmal so nachvollziehbar!

■ *jm*

Das große „ schon von den Mayas für den Februar 2013 prophezeite“- Rätsel

Die Buchstaben in den gelb markierten Feldern (absteigend von links nach rechts gelesen) ergeben ein Zitat von Bill Gates zum Thema Schule. Viel Glück wünscht Ihre Redaktion!

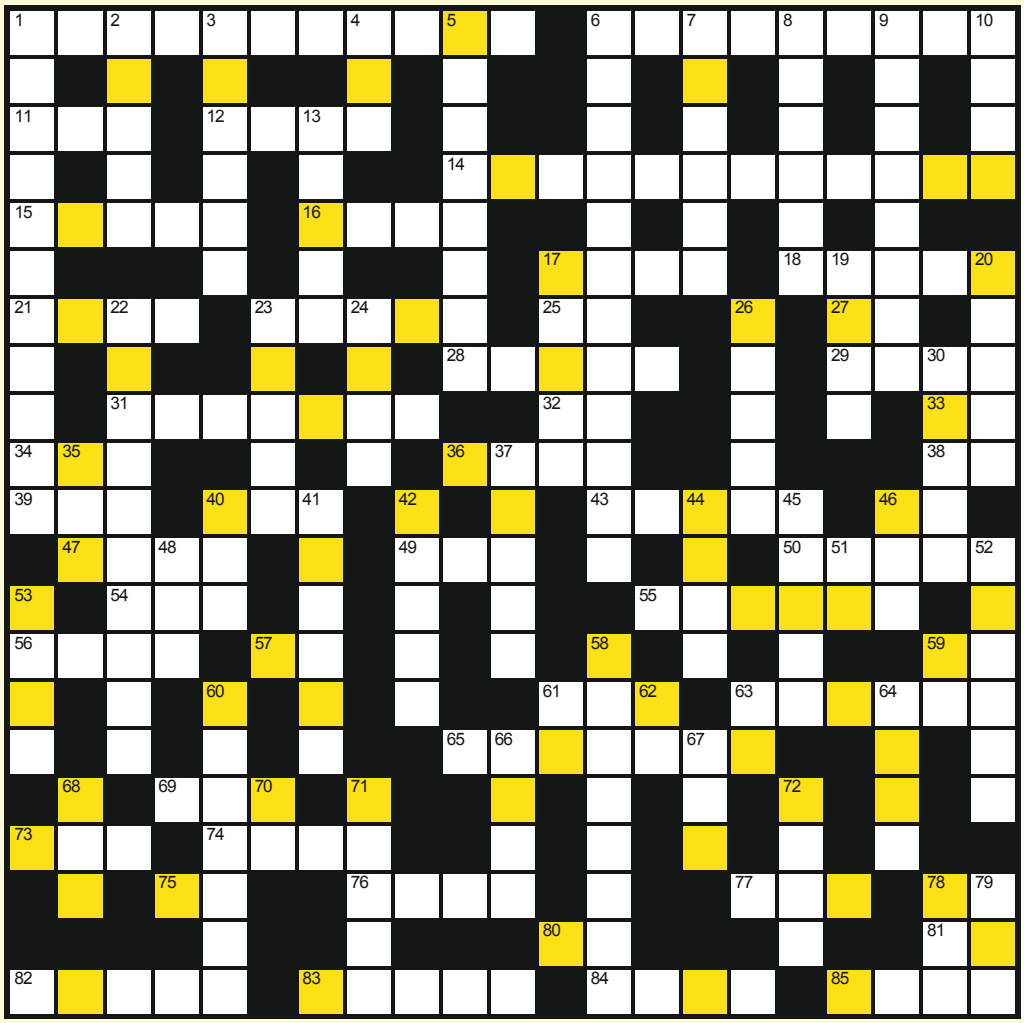
Waagerecht:

1 45 Minuten, die sich aber oft wie 5 Stunden anfühlen
6 Die musste jeder mal drücken.
11 ? Wasser, oh Henry, oh Henry
12 Hat jedes Auto, darf aber kaum benutzt werden
14 Damit auch jeder in die Penne muss
15 All you need is LOVE.
16 Yellow (submarine)
17 Panzerknackers Darling
18 Diese RPS ? sich dem Ende zu.
21 Wurzel 81, sagte der Zahnarzt.
23 Atmosphäre, Stimmung, Ausstrahlung
25 Technische Universität
27 South East
28 Begnadeter Mathefreak
29 ? sei der Mensch …
31 Biblische Briefe
32 Flusssäure
33 Internet Explorer
34 ? + ultra
36 Hallo Moneypenny, sagte Agent ? ? 7
38 Mister
39 Argon ist eins, Methan und Neon auch.
40 Kam das Paket besonders schnell, kam es wohl mit ?
43 Mann aus Piroschkas Heimat
46 Elbe-Elster Kreis
47 Das macht doch keinen Sinn! Oder doch?
49 Wurde auch nicht an einem Tag erbaut
50 Hauptstadt des Landes mit der Vorwahl 00 233
54 Lehrer im Angestelltenverhältnis
55 Warm oder kalt benutzen? Geht beides.
56 Der Dalai Lama lebt hier, Margret Honecker auch.

57 Deutscher Rapper
59 North Carolina
61 Kreischender Fahnenschwenker
63 Bitte schütteln: hoecjd!
65 Hieß früher ArbeitsAMT
69 Reich ist besser.
73 ?-Matte
74 Otto's ? kotzt.
75 Nur du allein ...
76 Dezibelzustand im Klassenzimmer
77 Dieser Monat macht alles neu.
78 Gibt's meist in Weiß oder Braun
80 Währung Saudi-Arabien
81 99 (Luftballons im alten Rom)
82 Land des Lächelns
83 Wenn man von Mainz nach Koblenz über Frankfurt fährt
84 Weißes Gold
85 Das ist das ? dieses Rätsels.

Senkrecht

1 Da geht das Elend los.
2 Help! von den Beatles, gecovert von Florian Silbereisen
3 Weiß alles, macht alles, kann alles – hat aber Burn-out
4 Vuvuzela auf deutsch (Vorname)
5 Schimanski-City
6 Mit der Klasse on the road again
7 Vollgekiffter Typ with flowers in his hair
8 Artikulationsversuche bei 3,8 Promille
9 ? ist ein bisschen wie Sterben, sagt der Franzose.
10 Was trägt der Schotte eigentlich drüber?
13 Der sagt, wann Hochwasser ist.
17 Der Heilige ? oder der Fahr-? oder der Glocken-?
19 Bremer Stadtmusikanten, Level 1
20 ?,?, der muss wandern ...
22 Schöne Isabella von Kastilien, pack deine ganzen ? und komm zurück zu mir nach Spanien!
23 Der ist wie Gäste: Am 3.Tag fängt er an zu stinken.
24 Breath sagt die Queen dazu.
26 Grace Kelly schwebte einst über den Dächern dieser Stadt.
30 Ein Loch ist im ? , Karl-Otto, Karl-Otto.
35 Organisation Amerikanischer Staaten
37 Habakuk Tibatong brachte ihm das Sprechen bei.



40 Da freut sich die Spurensicherung, wenn sie davon was findet.
41 Gehört er nun zur Gattung Mensch, Nervtöter oder Kid-Quäler?
42 Matratzenunterlage für Prinzessinnen
44 s. 66 senkr.
45 Die ist süß und schmeckt nach Blutwurst.
46 Türkischer Vor- und Familienname
48 Ist 6852 km lang und nass
51 Die ist vom € verschont. (KFZ-Länderkennz.)
52 Adresse von Karl dem Großen
53 Stadt in Ostfriesland
58 Da kann man den Gangnam Style lernen.
59 Wenn's den nicht geben würde, wären wir alle Ärzte.
60 Gefährliches Dreieck
61 Eisen
62 Neues Testament
63 Dallas-Fiesling
64 Den braucht man, wenn's kalt wird.
66 Die sollte man in 64 senkr. schon haben.
67 Der Problembär bei den alten Römern
68 Ich lach mir 'n ?
70 Kurzform für Mortimer
71 Jüngste Weltreligion
72 Einstige Dunkelkammer von Saddam Hussein
78 DER verpflichtet zur Wahrheit.
79 Schnellster Schnellzug in Deutschland

■ *kfs*

– Zum Schluss –

...IST VOR ALLEM DIE UNGLEICHE BEZAHLUNG DER LEHRKRÄFTE EIN HIMMELSCHREIENDER SKANDAL!!
THEMA DER WOCHE: GERECHTIGKEIT
SCHLEIMER!!